

Thomas Reichel

„Jugoslawische Verhältnisse“? – Die „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ und die „Syndikalismus“-Affäre (1959-1962)

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.833>

Reprint von:

Thomas Reichel, „Jugoslawische Verhältnisse“? – Die „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ und die „Syndikalismus“-Affäre (1959-1962), in: Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, herausgegeben von Thomas Lindenberger, Böhlau Köln, 1999 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 12), ISBN 3-412-13598-4, S. 45-73

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Thomas Reichel (1999), „Jugoslawische Verhältnisse“? – Die „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ und die „Syndikalismus“-Affäre (1959-1962), Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.833>

Ursprünglich erschienen als: Thomas Reichel, „Jugoslawische Verhältnisse“? – Die „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ und die „Syndikalismus“-Affäre (1959-1962), in: Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, herausgegeben von Thomas Lindenberger, Böhlau Köln, 1999 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 12), ISBN 3-412-13598-4, S. 45-73

Inhalt

KONRAD H. JARAUSCH/CHRISTOPH KLEßMANN

Vorwort zu den Sammelbänden „Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen der DDR-Geschichte“	11
--	----

THOMAS LINDENBERGER

Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung	13
1. Die sogenannte DDR-Gesellschaft – Grundzüge einer Debatte	16
2. „Herrschaft und Eigen-Sinn“ – der konzeptionelle Rahmen	21
3. Die Grenzen der Gesellschaft – Zwischenbefunde	26
4. Was zusammengehört: Konjunkturen der DDR-Gesellschaft	36
5. Danksagungen	43

Teil I: Betriebe und Arbeit

THOMAS REICHEL

„Jugoslawische Verhältnisse“? – Die „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ und die „Syndikalismus“-Affäre (1959–1962)	45
1. Einleitung: Kontext Ende der fünfziger Jahre	45
2. „Den Brigaden größere Rechte“ – Forderungen von SED- und FDGB-Funktionären	48

3. „Wir machen keine neuen Strukturveränderungen!“ – Die SED-Führung blockt ab	52
4. Die BdsA-Kampagne im Betriebsalltag	55
5. „Jugoslawische Verhältnisse“ in den Betrieben?	61
6. Die ersten ausgezeichneten „Brigaden der sozialistischen Arbeit“	63
7. Fazit.....	72

LEONORE ANSORG

„Irgendwie war da eben kein System ‘drin“. Strukturwandel und Frauenerwerbstätigkeit in der Ost-Prignitz (1968–1989).....	75
1. Die Durchsetzung des Strukturwandels – eine Region verändert sich	76
2. Die Folgen der zentralistischen Wirtschaftsplanung für den Obertrikotagenbetrieb.....	79
3. Die Arbeitssituation der Frauen im Betrieb.....	84
4. Das Problem der Qualitätserfüllung	88
5. Zur Rolle der Arbeitsbrigaden im Obertrikotagenbetrieb.....	90
6. „Aber da führte kein Weg ‘rein“ – der Arbeitsalltag von Frauen am Beispiel eines biographischen Lebensberichts	98
7. Arbeitssituation und Arbeitserfahrungen von Frauen in der Landwirtschaft.....	107
8. Auswirkungen des Strukturwandels auf die Lebensweise von Frauen.....	114

Teil II: Ländliche Gesellschaft in den fünfziger Jahren

DAGMAR LANGENHAN

„Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!“ Kollektivierung der Landwirtschaft und bäuerlicher Eigen-Sinn am Beispiel Niederlausitzer Dörfer (1952 bis Mitte der sechziger Jahre)...	119
1. Vorbemerkungen	119
2. Ausgangsbedingungen der Kollektivierung im Untersuchungsgebiet.....	122
3. Verlauf der Kollektivierung	127
a) „Halte Dich fern von den Kommunisten“ – Distanz als Konzept (1952 bis Ende 1956)	127

b) „In Richtung Kolchose“ – die Schwachen und die Starken (Ende 1956 bis Anfang 1959).....	139
c) „Man kann nicht immer gegen den Strom schwimmen“ – LPG-Beitritt aller Bauern (1959 bis Frühjahr 1960)	149
d) „Die schnelle Umgestaltung fordert ihren Tribut“ – LPG-Mitglied oder Genossenschaftsbauer? (Die frühen sechziger Jahre).....	158
4. Fazit.....	164

THOMAS LINDENBERGER

Der ABV als Landwirt. Zur Mitwirkung der Deutschen Volkspolizei bei der Kollektivierung der Landwirtschaft.....	167
1. Fragestellung	167
2. 1952–53: Die ABV im verschärften Klassenkampf	169
3. 1953–55: „Den Klassenkampf auf dem Lande erkennen, lähmen und liquidieren“	172
4. 1955–58: Die Einführung „neuer Arbeitsmethoden“	174
5. 1958–60: Die DVP und die ökonomische Hauptaufgabe.....	176
a) Die ABV als „Landwirte hinsichtlich des Umpflügens des Bewußtseins der Menschen auf dem Lande“?	176
b) Keine LPG = latente Kriminalität.....	180
c) Ordnung und Sicherheit im vollgenossenschaftlichen Dorf	185
6. Das „Neue“ in der Arbeit der Volkspolizei	187
7. Zwischen Parteidisziplin und „Volkserlebnis“: Eine ABV-Lebensgeschichte.....	192
8. Der ABV als Landwirt?.....	201

Teil III: Versorgungspolitik

BURGHARD CIESLA

Eine sich selbst versorgende Konsumgesellschaft? Industrieller Fischfang, Fischverarbeitung und Fischwarenkonsum in der DDR.....	205
1. Einführung.....	205
2. Industrielle Hochseefischerei und Ressourcenkrise	210
3. Industrielle Fischverarbeitung und Fischversorgung.....	216
a) Innovation im Nahrungsmittelkonsum: Tiefkühlkost im Westen und Osten Deutschlands	220
b) Eine Tiefkühlkost-Produktgeschichte : Die „Rostocker Fischstäbchen“	222
4. Bemühungen um eine moderne Eßkultur: Das „Gastmahl des Meeres“	227
5. Resümee	230

PATRICE G. POUTRUS

„...mit Politik kann ich keine Hühner aufziehen“. Das Kombinat Industrielle Mast und die Lebenserinnerungen der Frau Knut.....	235
1. Einleitung	235
2. Der Lange Weg des Goldbroilers oder von der Neuen Gesellschaft zu neuen Zuchtmethoden.....	238
3. Die Geflügelzüchterin Frau Knut	248

Teil IV: Der Bürger und sein Staat

SYLVIA KLÖTZER

„Volldampf woraus?“ – Satire in der DDR. „Eulenspiegel“ und „Kabarett am Obelisk“ in den siebziger und achtziger Jahren.....	267
1. Einleitung: Das dunkle Treppenhaus und die leuchtende Zukunft.....	267
2. Heitere Selbstverständigung über das „noch“ nicht ganz so Perfekte: Erwartungen an das Kabarett „von denen da oben“	273
3. Wie wir uns drehn und wenden: Kabarettistische Praxis (I).....	277

4. Betriebskabarett des VEB „Vorwärts“, Betriebsteil „Abwärts“: Kabarettistische Praxis (II)	286
5. Der kleine Moritz und die Presse: Kabarettbühne und „Eulenspiegel“-Heft.....	293
6. Berichte über Entwicklungsschwierigkeiten: Erwartungen an den „Eulenspiegel“	294
7. (Ziemlich) offene Briefe: Zeitungssatire (I)	297
8. Druck-Sachen	301
9. Veröffentlichte Eingaben an den Genossen Minister: Zeitungssatire (II)	305
10. „Wenn wir schon an der Longe sind, dann muß es straff bleiben“: Satire in der DDR	310

INGA MARKOVITS

Der Handel mit der sozialistischen Gerechtigkeit. Zum Verhältnis zwischen Bürger und Gericht in der DDR.....	315
1. Warum Prozeßraten sinken.....	319
2. Prozessieren wird persönlicher und „wärmer“	328
3. Anpassung wird zur Gewohnheit	333
4. Das Recht verliert an Bedeutung.....	343

ANHANG

Abkürzungsverzeichnis	349
Literaturverzeichnis	353
Autorenverzeichnis	369
Abbildungsverzeichnis	371

„Jugoslawische Verhältnisse“? – Die „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ und die „Syndikalismus“-Affäre (1959–1962)¹

1. Einleitung: Kontext Ende der fünfziger Jahre

„Die Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik ist innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, daß die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung der DDR gegenüber der Herrschaft der imperialistischen Kräfte im Bonner Staat eindeutig bewiesen wird.“² Diese sehr optimistisch-selbstbewußte Zielsetzung formulierte Walter Ulbricht im Sommer 1958 auf dem V. SED-Parteitag. Nach einer Phase schwerer Krisen, die in den Jahren 1953 bis 1956 fast den gesamten sowjetischen Machtbereich in Mittel- und Osteuropa erfaßt hatten, befanden sich die kommunistischen Regime Ende der fünfziger Jahre auf dem Weg der Konsolidierung. Dies traf auch auf die DDR zu, die 1958/59 eine gewisse Stabilisierung ihrer politischen und wirtschaftlichen Lage erlebte.³ Das schlug sich nicht zuletzt in der eingangs zitierten überaus zuversichtlichen Zielstellung nieder. Auf dem Programm stand nun der Abschluß der sogenannten Phase des Übergangs zum Sozialismus, wobei gleichzeitig das „Einholen und Überholen“ Westdeutschlands – bezüglich des Pro-Kopf-Verbrauchs bei allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern – angestrebt wurde.⁴ Zur Erfüllung der ehrgeizigen ökonomischen Ziele war es unumgänglich, die Arbeitsproduktivität deutlich zu erhöhen, wobei das Mißverhältnis zwischen steigenden Löhnen und der hinterherhinkenden Produktivitätsentwicklung dringend abgebaut werden mußte.⁵ Das damit verbundene Problem des langwierigen zähen Ringens um Normen und

1 Dieser Aufsatz ist ein erstes (Zwischen-)Ergebnis des seit 1998 laufenden Dissertationsprojektes des Verfassers über „die Brigaden der sozialistischen Arbeit in der Industrie der DDR (1959-1989)“. Für konstruktive Kritiken danke ich Peter Hübner, Konrad H. Jarausch, Thomas Lindenberger und Dietrich Mühlberg.

2 Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SED, 30.3. bis 6.4.1959, Bd. 1, hg. v. ZK der SED, Berlin (O.) 1959, S. 68.

3 Vgl. Christoph Kleßmann, Zwei Staaten eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970, 2. Aufl., Bonn 1997, S. 309f.

4 Protokoll des V. Parteitages der SED, S. 68.

5 ZK der SED, Abt. Propaganda, Arbeitspapier vom 31.7.1958, „Die Steigerung der Arbeitsproduktivität dient der Lösung des Widerspruchs zwischen den ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnissen der Bevölkerung und dem jeweils erreichten Entwicklungsniveau der Produktion.“ SAPMO-BArch, DY 30 IV/2/611/52, Bl. 88ff. Darin werden u. a. die geplanten/erreichten Zuwächse in

Löhne in der Industrie der DDR⁶ hoffte man mit Appellen an das gestiegene (?) „Bewußtsein“ der „führenden Klasse“ – im Stile der von Ulbricht verkündeten „10 Gebote der sozialistischen Moral“⁷ – und durch entsprechende neue Wettbewerbskampagnen lösen zu können.

Verantwortlich für die Stimulierung der Arbeiterschaft zu höheren Produktionsleistungen war im Funktionsgefüge der SED-Herrschaft der FDGB. Allerdings war es den Gewerkschaften, zerrissen in dem strukturellen Konflikt zwischen der ihnen zugewiesenen Aufgabe als „Transmissionsriemen“ der Politik der Staatspartei und ihrer ursprünglichen Bestimmung als Interessenvertreter der Arbeiter, bislang nur unzureichend gelungen, diese Aufgabenstellung zu erfüllen. Zwar hatte der FDGB seit Mitte der fünfziger Jahre offiziell eine gewisse Aufwertung erfahren,⁸ war aber intern immer wieder hart von der SED kritisiert worden. So wird beispielsweise in einem Papier der zuständigen ZK-Abteilung über „einige Erscheinungsformen revisionistischer Tendenzen in den Gewerkschaften“ vom Frühjahr 1958 ein nahezu vernichtendes Urteil über den Zustand des FDGB und seines Apparates gefällt.⁹ „Insgesamt gesehen“ sei „bei den leitenden Organen des FDGB nicht nur ein großer Mangel an Initiative, sondern auch teilweise Desorientierung in der Organisation der politischen Massenarbeit“ zu beklagen. Der Bundesvorstand zeige sich „nicht als wirklich führendes Organ“, und seine Tätigkeit sei gekennzeichnet durch „Verzettelung in der Arbeit, [...] Handwerkelei und Bürokratismus“. Auch in bezug auf das von Roesler als Beleg für die Aufwertung der Gewerkschaften angeführte „Gesetz über die Vereinfachung und Vervollkommnung der Arbeit des Staatsapparates“ hat der FDGB-Bundesvorstand – laut dieser Einschätzung – ein Vierteljahr nach dessen Verabschiedung „noch

der Arbeitsproduktivität (1950 = 100%, 1956 = 190/170%, 1957 = 197/172%) und bei den Durchschnittslöhnen (1956 = 143/152%, 1957 = 145/155%) gegenübergestellt. Die Zahlen verdeutlichen die Diskrepanz zwischen dem Nichterreichen der vorgesehenen Produktivitätszuwächse und der überplanmäßigen Steigerung der Durchschnittslöhne. Vgl. Wolfgang Mühlfriedel/Klaus Wießner, *Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965*, Berlin (O.) 1989, S. 202.

- 6 Vgl. Peter Hübner, *Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945–1970* (Zeithistorische Studien, Bd. 3), Berlin 1995, S. 16ff.
- 7 Protokoll des V. Parteitages der SED, S. 160f. Wieder abgedruckt wurden die „10 Gebote...“ in: Hermann Weber (Hg.), *Dokumente zur Geschichte der DDR 1945–1985*, München 1986, S. 237.
- 8 Siehe Kleßmann, *Zwei Staaten*, S. 357; Jörg Roesler, *Inszenierung oder Selbstgestaltungswille? Zur Geschichte der Brigadebewegung in der DDR während der 50er Jahre* (Hefte zur DDR-Geschichte, Nr. 15), Berlin 1994, S. 30.
- 9 Der Vorwurf des „Revisionismus“ war bekanntlich in kommunistischen Parteien seit Lenin ein beliebtes Mittel zur Bekämpfung v. a. innerparteilicher Kritiker und Abweichler. Im Gefolge der Stalin(ismus)-Kritik des XX. KPdSU-Parteitages machten in den Jahren 1956 bis 1958 auch die Dogmatiker um Ulbricht massiv Gebrauch davon, um ihre Widersacher in der SED-Führung und deren (potentielle) Anhänger im Partei- und Staatsapparat ebenso wie in den Massenorganisationen auszuschalten bzw. in Schach zu halten. Vgl. Kleßmann, *Zwei Staaten*, S. 304f.; ausführlicher: Thomas Klein, *Parteisäuberungen und Widerstand in der SED. Die innerbürokratische Logik von Repression und Disziplinierung*, in: ders. u. a., *Visionen. Repression und Opposition in der SED, 1949 bis 1989*, Frankfurt/O. 1996, S. 1–135, hier S. 46–65.

keine klare Konzeption“.¹⁰ Hinsichtlich der Wettbewerbsbewegung in den Betrieben sah es kaum besser aus.¹¹

Daher ist es naheliegend, daß der FDGB-Bundesvorstand Ende 1958 die gerade in der Sowjetunion gestarteten „kommunistischen Brigaden“ als Anregung nahm, seinerseits in der DDR-Industrie eine Wettbewerbskampagne um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ (BdsA) zu initiieren.¹² Die Gewerkschaftsspitze verband damit die Hoffnung auf einen Durchbruch hinsichtlich der Produktions- und Produktivitätssteigerung – womit sie gleichzeitig ihr ramponiertes Ansehen bei der SED-Führung aufzubessern gedachte. Nach einem detailliert ausgearbeiteten Plan¹³ und mit reichlicher propagandistischer Unterstützung wurde Anfang Januar 1959 der Auftakt für die „sozialistische Brigadebewegung“¹⁴ vollzogen, indem sich bereits bestehende Arbeitsbrigaden verpflichteten, nicht mehr nur sozialistisch arbeiten, sondern auf eben diese Weise auch lernen und leben zu wollen.¹⁵ Im Verlaufe des Jahres 1959 fand die BdsA-Kampagne ein relativ breites Echo in den Betrieben,¹⁶ was der FDGB zwar als Erfolg verbuchen konnte, aber gleichzeitig dazu führte, daß der Gewerkschaftsapparat allmählich die Kontrolle über die Entwicklung der „Brigadebewegung“ in der Industrie verlor. So wußte man im FDGB sehr wohl, daß es sich bei einer Vielzahl der BdsA-Verpflichtungen um „leere Anschläge an diese Bewegung“ handelte, stand dem jedoch praktisch machtlos gegenüber.¹⁷ Beunruhigender aber war die Tendenz, daß den „sozialistischen Brigaden“ teilweise Vorrechte – z. B. in der Arbeitsorganisation und Materialversorgung – eingeräumt wurden bzw. sie sich Kompetenzen anzueignen begannen, die in das Aufgabengebiet der betrieblichen Gewerkschaftsfunktionäre bzw. der staatlichen Leiter fielen.¹⁸ Dies war nicht zuletzt wegen des starken politischen Rückenwindes, den die BdsA 1959 genossen, möglich. So hatte Ulbricht höchstpersönlich Ende Oktober auf dem 5. FDGB-Kongreß die „sozialistischen Brigaden“ gelobt und als Vorbild

10 ZK der SED, Abt. Gewerkschaften, Sozial- und Gesundheitswesen (nachfolgend: Abt. Gew.), 14.4.1958, Einige Erscheinungsformen revisionistischer Tendenzen in den Gewerkschaften, SAPMO-BArch, DY 30 IV/2/611/46, Bl. 17–31.

11 Das geht beispielsweise aus einem Schreiben Erich Apels, der seit Anfang des Jahres Leiter der neugegründeten Wirtschaftskommission beim Politbüro der SED war, an den Vorsitzenden der Zentralverwaltung der IG Metall, Dömitz, von Mitte Juni 1958 hervor. Im Referat der jüngsten ZK-Tagung seien diesbezüglich u. a. die metallverarbeitende Industrie und der Bezirk Potsdam wegen ihres besonderen Zurückbleibens gerügt worden, SAPMO-BArch, DY 30 IV/2/611/52, Bl. 85f.

12 FDGB-Bundesvorstand, Büro Herbert Warnke (Zusammenarbeit mit den Büros der Sekretäre), SAPMO-BArch, DY 34/A, 3787 (unpag.). Diese Akte enthält eine Sammlung von übersetzten „Prawda“-Artikeln über die „Brigaden der kommunistischen Arbeit“ in der UdSSR (erschieden zwischen dem 9. und 11. Dezember 1958), die eindeutig darauf hinweist, daß diese als Vorlage für die BdsA in der DDR dienten.

13 Vgl. Roesler, Inszenierung, S. 31ff.

14 Die Anführungszeichen gelten hier v. a. der „Bewegung“, da angesichts der Inszenierung von ‚oben‘ der Bewegungscharakter (im klassischen Sinne) zumindest umstritten sein dürfte.

15 Wettbewerbsaufruf der Jugendbrigade „Mamai“ aus dem Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld, abgedruckt in: Tribüne vom 7.1.1959.

16 Mitte Dezember 1959 waren ca. 60 000 Brigaden mit rund 700 000 Mitgliedern erfaßt, die sich zum „Kampf“ um den Titel BdsA verpflichtet hatten, Statistisches Jahrbuch der DDR 1960/61, Berlin (O.) 1961, S. 205.

17 Zitiert nach Hübner, Konsens, S. 224.

18 Vgl. ebd., S. 225f.

hingestellt, denn sie würden zeigen, „wie man arbeiten muß, damit der Sozialismus zum Sieg geführt wird“.¹⁹

Im folgenden soll zunächst mit dem Blick von „oben“ der Verlauf der Ereignisse geschildert werden, die dazu führten, daß sich der SED-Parteichef nur sieben Monate nach seinem oben zitierten Lob für die BdsA zu einer scharfen öffentlichen Kritik am sogenannten „Syndikalismus“ einiger Brigaden²⁰ genötigt sah (2. und 3.). Anschließend wird – kontrastierend dazu, aus der Perspektive von „unten“ – untersucht werden, welches Echo die Kampagne der Gewerkschaften zur Bildung „sozialistischer Brigaden“ 1959/60 in den Industriebetrieben der DDR fand (4.) und inwieweit es dabei tatsächlich zu „syndikalistischen“ Erscheinungen gekommen ist (5.). Danach soll anhand zweier Fallbeispiele die Entwicklung der „sozialistischen Brigaden“ in den ersten Jahren ihres Bestehens etwas genauer beleuchtet werden (6.), bevor im abschließenden Fazit eine Bewertung des Beginns der BdsA-„Bewegung“ im Zusammenhang der „Syndikalismus“-Affäre erfolgt.

2. „Den Brigaden größere Rechte“ – Forderungen von SED- und FDGB-Funktionären

Nach dem XX. KPdSU-Parteitag 1956 war es im gesamten Ostblock zu mehr oder weniger stark ausgeprägten Reformdiskussionen gekommen, die gegen Ende des Jahrzehnts auch in der DDR zu ersten konkreten Schritten vor allem im Bereich der Wirtschaft führten.²¹ So wurde 1958 eine Reform der Wirtschaftsverwaltung eingeleitet,²² die – der offiziellen DDR-Geschichtsschreibung zufolge – unter anderem mit dem Bestreben einer „stärkeren Teilnahme der Werktätigen“ am Prozeß der Planung und Leitung der Volkswirtschaft verbunden war.²³ Dies bildet den Hintergrund dafür, daß im Frühjahr 1960 im „Neuen Deutschland“, in der „Tribüne“ und einigen theoretischen Zeitschriften eine Reihe von Artikeln und Aufsätzen erschienen, die – im nachhinein – als „syndikalistisch“ gebrandmarkt wurden.

19 Protokoll des 5. FDGB-Kongresses, 26. bis 31.10.1959, hg. v. FDGB, Bundesvorstand, Berlin (O.) 1959, S. 359.

20 Rede W. Ulbrichts auf der 5. Bezirksdelegiertenkonferenz der SED in Leipzig am 28.5.1959. Veröffentlicht in: Neues Deutschland vom 10.6.1959. Zur „Syndikalismus“-Affäre insgesamt vgl. Fred Klinger, Die „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ im Kontext der „Syndikalismus“-Kritik, in: Der X. Parteitag der SED, 35 Jahre SED-Politik, Versuch einer Bilanz. 14. Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der BRD, Köln 1981, S. 75–86; Peter Hübner, Syndikalistische Versündigungen? Versuche unabhängiger Interessenvertretung für die Industriearbeiterschaft der DDR um 1960, in: JHK, Berlin 1995, S. 100–117; ders., Konsens, S. 232ff.

21 Dabei handelte es sich selbstverständlich um systemimmanente Versuche, die Effizienz der zentralistischen Planwirtschaften zu erhöhen. Für einige Beispiele aus verschiedenen osteuropäischen Staaten siehe: Jörg Roesler, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, Berlin (O.) 1978, S. 148f. Vgl. Sigrid Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945–1989, Frankfurt a. M. 1992, S. 123–139.

22 Roesler, Herausbildung, S. 145–150.

23 Rolf Badstübner u. a., Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, 4. Aufl., Berlin (O.) 1989, S. 189.

Der erste und prominenteste Autor war Erich Apel, Mitglied des ZK und Leiter der Wirtschaftskommission beim Politbüro der SED, der im „ND“ forderte: „Um die Beteiligung der Werktätigen an der sozialistischen Leitung des Betriebes auf eine höhere Stufe zu heben, sollten den fortgeschrittenen sozialistischen Brigaden größere Rechte gegeben werden.“ Dazu zählte er unter anderem die Normfestlegung sowie bestimmte disziplinarische Befugnisse, die in die Regie der Brigaden übergehen könnten. Abschließend betonte er, daß sich aus derartigen Entwicklungen in der Praxis „notwendigerweise Konsequenzen auch für die Theorie von der sozialistischen Leitung“ ergäben.²⁴ Diese Anregung wurde in den folgenden Wochen vielfach aufgegriffen, zumal Apel in der Hierarchie hoch genug stand, um sich auf ihn und seinen Artikel berufen und damit absichern zu können.

Rudi Rubbel, ein Mitarbeiter des FDGB-Bundesvorstandes, veröffentlichte in der „Tribüne“ einen Artikel mit dem programmatischen Titel „Den Brigaden größere Rechte“. Dieser verwies auf das Beispiel von Brigaden aus dem Potsdam-Babelsberger „Karl-Marx“-Werk, die künftig eigene Disziplinarbefugnisse anwenden und ihre Urlaubspläne selber aufstellen würden. Das Mehr an Rechten sollte nach Rubbel außerdem die selbständige Realisierung und Prämierung von Verbesserungsvorschlägen, den Zugriff auf Rationalisierungskredite und die eigenständige Erarbeitung von Materialverbrauchsnormen durch die Brigaden umfassen.²⁵

Als dritter sei der Arbeitsrechtler Roland Schmutzler genannt, dessen Aufsatz – gestützt auf Beispiele aus drei verschiedenen Betrieben – noch weitergehende Überlegungen zur rechtlichen Aufwertung der Brigaden enthielt.²⁶ Erwähnenswert scheint mir, daß dieser Artikel von der Abteilung Wissenschaft des ZK der SED in Auftrag gegeben worden war²⁷ und nur erste Teilergebnisse eines interdisziplinären Forschungsprojektes von Philosophen, Juristen und Ökonomen der Leipziger Karl-Marx-Universität über „die Weiterentwicklung sozialistischer Brigaden zu untersten Leitungseinheiten des sozialistischen Betriebes“ vorstellte.²⁸ Daß die Initiative hierfür offenbar von einer ZK-Abteilung ausgegangen war und der Anstoß für die Zurücknahme, ja Bekämpfung dieser Entwicklung im Rahmen der „Syndikalismus“-Kampagne kurze Zeit später ebenfalls von einer (anderen) Abteilung des ZK kam, ist ein Indikator dafür, daß es zu diesem Zeitpunkt bis in die SED-Machtzentrale hinein zum Teil erheblich auseinandergehende Auffassungen über die weitere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der DDR gegeben haben muß; freilich ohne daß dabei das System grundsätzlich in Frage gestellt worden wäre. Schmutzler schlug also – zusätzlich zu den bereits von Rubbel genannten Punkten – folgendes vor: Die Brigaden sollten in Personalfragen (Einstellung, Kündigung) mitentscheiden, „Kaderentwicklungspläne“ für ihre Mitglieder selber festlegen, die Normenbemessung weitgehend selbständig vornehmen, in ihrem unmittelbaren Bereich die autonome Disziplinargewalt ausüben, über die Verteilung leistungsabhängiger Prämien und Auszeichnungen wesentlich selbst bestimmen, die von seiten der Werkleitung oftmals unbefriedigend erfolgende Planaufschlüsselung

24 „Was heißt sozialistisch arbeiten und leben?“, in: Neues Deutschland vom 2.3.1960.

25 Tribüne vom 27.4.1960, S. 3.

26 Roland Schmutzler, Einige Probleme der Erhöhung der Eigenverantwortlichkeit der Brigaden der sozialistischen Arbeit und ihre weitere rechtliche Ausgestaltung, in: Arbeitsrecht 5 (1960), S. 133–140.

27 ZK der SED, Abt. Gew., Bericht über die Arbeitsberatung mit Genossen Arbeitsrechtlern am 20.6.1960, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/611/25 (unpag.).

28 Schmutzler, Probleme, S. 133.

eigenverantwortlich vornehmen sowie von ihnen selbst aufgedeckte Verlustzeiten entweder selber beseitigen oder die Beseitigung von den verantwortlichen Leitern fordern können.²⁹ Deutlich wird, daß in diesem Katalog gar nicht so sehr tarifliche Interessen der Arbeiter im Vordergrund stehen, sondern mit seiner Umsetzung vor allem die Eigenverantwortlichkeit und Entscheidungskompetenz der Brigaden innerhalb der betrieblichen Hierarchie erheblich ausgebaut worden wäre, was wohl zu einer erhöhten Leistungsbereitschaft und -fähigkeit führen sollte; eine Zielvorstellung, deren Verwirklichung dem so sehr erstrebten Aufschwung der DDR-Volkswirtschaft gedient hätte.

Die oben erwähnte ideologische Aufwertung und Hervorhebung der „sozialistischen Brigaden“ von höchster Stelle führte dazu, daß diese praktisch auf allen Ebenen im Partei-, Gewerkschafts- und Staatsapparat ungewöhnlich große Unterstützung fanden. Es wurden ganze Bezirke (Potsdam, Dresden, Berlin) sowie Industriezweige (VVB Elektrochemie und Plaste, VVB Stahl- und Walzwerke) genannt, in denen solche – wenig später als „syndikalistisch“ verfeimte – „Erscheinungen“ auftraten.³⁰ Mitte Mai 1960 hatte diese Entwicklung ein Ausmaß erreicht, das die ZK-Abteilung für Gewerkschaften und Sozialpolitik Alarm schlagen ließ.³¹ Nach deren Meinung „führen diese Tendenzen dazu, das Prinzip der Einzelleitung der sozialistischen Betriebe abzuschaffen und neben den gesellschaftlichen Organisationen (insbesondere Gewerkschaften) eigene Körperschaften zu bilden [...] zum Beispiel sogenannte Brigaderäte.“ Die Diskussion gehe sogar soweit, daß es in der „Entschließung der Industriezweigkonferenz der VVB Stahl- und Walzwerke mit den Brigaden der sozialistischen Arbeit heißt, daß eine Erweiterung der Rechte der Brigaden [...] ein Ausdruck der ‚Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie‘ ist.“³²

In demselben Dokument ist auch von einer „Entschließung der Bezirksleitung [der SED Potsdam – d. Verf.] zur sozialistischen Gemeinschaftsarbeit“ die Rede. Der dortige Abteilungsleiter für Wirtschaft hatte auf eine kritische Anfrage der ZK-Abteilung zu dieser Entschließung erwidert, ob denn „der Artikel des Genossen Apel revidiert würde“. Eine Woche später heißt es zu diesem Entwurf einer „Entschließung über die neuen Aufgaben der sozialistischen Brigaden und Arbeitsgemeinschaften und Neuerer der Produktion“ lapidar: „Die Genossen der Bezirksleitung Potsdam werden [...] ihren Beschlußentwurf [...] noch einmal gründlich überarbeiten.“³³ Wenn man sich den – bereits in gedruckter Form vorliegenden und auf der Bezirks-Neuererkonferenz am 18. April beschlossenen – Entwurf der Potsdamer Genossen ansieht, wird klar, warum die Zentrale auf „Überarbeitung“ drängte: Darin werden sämtliche in verschiedenen Betrieben bereits vereinzelt praktizierten Kompetenzerweiterungen der Brigaden zusammengefaßt, präzisiert und erweitert zum Programm erhoben! „Auf der Grundlage der Hinweise des Genossen Erich Apel [...] sowie der Erfahrungen verschiedener Betriebe“ wird empfohlen, den „besten Brigaden“ unter anderem folgende Rechte zu übertragen:

29 Ebd., S. 136ff.

30 Klinger, Brigaden, S. 82.

31 Vermutlich war es das von dieser Abteilung zusammengestellte „Material“, das Ulbricht zu seinem deutlichen Veto Ende Mai (siehe unten, Punkt 4) veranlaßt hat.

32 ZK der SED, Abt. Gew., Zu einigen Fragen der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, 18.5.1960, SAPMO-BArch, DY 30 IV/2/611/52, Bl. 223ff.

33 ZK der SED, Abt. Gew., Kurze Einschätzung der Beratung der Abteilung mit den Instruktoren für Gewerkschaftsfragen bei den Bezirksleitungen der Partei und den Parteisekretären des Bundesvorstandes des FDGB, der Zentralvorstände der IG/Gew. und der Presseorgane der Gewerkschaften, 25.5.1960, SAPMO-BArch, DY 30 IV/2/611/23, Bl. 95–97.

„Das Recht, sich selbst ihren Plan zu erarbeiten [...];
 das Recht der Selbstnormung bei technologischen Veränderungen;
 das Recht der Erziehung und Selbsterziehung, Übertragung der Rechte der
 Arbeitsordnung vom Werkleiter auf die Brigade bis zum Aussprechen einer Verwarnung;
 das Recht, die Mittel für die kurzfristigen Barleistungen der Sozialversicherungen selbst
 zu verwalten [...];
 Das Recht der Mitsprache bei der Verwendung der Mittel des Siebenjahrplanfonds;
 das Recht, den Jahresurlaubsplan selbst zu erarbeiten;
 das Recht, bei Einstellungen, Versetzungen, Entlassungen innerhalb der Brigade
 mitzuentcheiden; [...]
 das Recht die Prämienbedingungen selbst festzulegen und Prämien nach dem
 Leistungsprinzip zu verteilen; [...]
 das Recht, die Lohnzahlung des Vertrauens einzuführen.“

Damit nicht genug. Es wurde außerdem auf die „schnelle Durchsetzung folgender
 Prinzipien“ gedrungen:

„die Teilnahme von Vertretern der Brigaden [...] an den Werkleitersitzungen bei der
 Behandlung von Grundsatzfragen [...];
 die Beratung der Direktoren, Bereichs- und Abteilungsleiter und Meister sowie Leitungen
 der Partei- und Massenorganisationen mit den sozialistischen Brigaden ... vor allen
 wichtigen Entscheidungen; [...]
 der Werkdirektor und die Bereichs- und Abteilungsleiter haben [...] zu garantieren, daß
 sich die Initiative der sozialistischen Kollektive ungehindert entfalten und auf die
 Schwerpunkte der Planerfüllung konzentrieren kann;
 der Meister muß zum Hauptinhalt seiner Arbeit die Förderung der Arbeit der soziali-
 stischen Brigaden [...] machen [...]“

Zuzüglich weiterer Vorschläge, die allesamt eine Effizienzsteigerung der Betriebe der
 „volkseigenen“ Industrie bewirken sollten, zielte das gesamte Papier darauf ab, die ehrgei-
 zigen Vorhaben des laufenden Siebenjahrplans doch noch zu erfüllen. Die dazu vorge-
 schlagenen Mittel und Wege weisen allerdings eine durchaus reformsozialistisch zu
 nennende Tendenz mit zaghaften Ansätzen zu einer Selbst-, wenigstens aber Mitverwaltung
 der Betriebe durch die Arbeiter auf. Nicht zufällig wird in dem Dokument ausdrücklich
 betont, daß die derart aufgewerteten sozialistischen Brigaden „höhere Formen der Verwirk-
 lichung der sozialistischen Demokratie in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat“ verkörpern
 würden.³⁴

Nach der von der ZK-Abteilung Gewerkschaften geforderten „Überarbeitung“ ist von
 dem oben zitierten Programm nicht viel übriggeblieben. Zwar hatte der FDGB-Be-
 zirksvorstand (BV) Potsdam in einem Schreiben an alle Kreissekretäre am 19. 4. noch
 gefordert, zweimal pro Woche zu kontrollieren, wie „der Beschluß [...], den sozialistischen
 Brigaden [...] mehr Rechte zu geben“ umgesetzt wird.³⁵ Doch ein paar Wochen später war
 davon nicht mehr die Rede: Auf einer außerordentlichen Sitzung des Sekretariates des
 FDGB-BV am 10. Juni beschäftigte sich dieses Gremium „nochmals mit dem Inhalt der

34 SED-Bezirksleitung (BL) und FDGB-Bezirksvorstand (BV) Potsdam, Entschließung über die neuen
 Aufgaben der sozialistischen Brigaden und Arbeitsgemeinschaften und Neuerer der Produktion
 (Entwurf), SAPMO-BArch, DY 30 IV/2/611/52, Bl. 254–259.

35 FDGB-BV Potsdam, Schreiben an alle FDGB-Kreis-Sekretäre, 19.4.1960, BLHA, Rep. 547, BK 207
 (unpag.).

Entschließung und den dabei aufgetretenen Mängeln in der Festlegung der Rechte und Pflichten der sozialistischen Brigaden“ und beschloß, selbige „ohne den Abschnitt der Rechte und Pflichten der sozialistischen Brigaden [...] in Druck zu geben und über die IG/Gew. den BGL als Arbeitsgrundlage zu übermitteln.“³⁶ Das war freilich nach Verkündung von Ulbrichts „Syndikalismus“-Verdikt.³⁷

3. „Wir machen keine neuen Strukturveränderungen!“ – Die SED-Führung blockt ab

Als besonders gefährlich mußte den „führenden“ Genossen die Verbindung zwischen den vereinzelt bereits realisierten Forderungen der Brigaden in den Betrieben und jenen, diese aufgreifenden und ausweitenden Überlegungen im Partei- und Gewerkschaftsapparat sowie bei einigen Gesellschaftswissenschaftlern erscheinen. Den Auftakt der scharfen öffentlichen Kritik vollzog Ende Mai 1960 Ulbricht persönlich: Einige seien „auf die Idee gekommen, diese Brigaden müßten jetzt besondere Rechte erhalten, und sie wollten einen Teil der Rechte des Werkleiters auf die Brigaden übertragen. Das soll wohl eine Art jugoslawischer ‚Selbstverwaltung‘ werden? Als mir die Genossen das Material gaben, habe ich an den Rand geschrieben: ‚Syndikalismus – unvereinbar mit der Linie der Partei [...]‘ Es ist also nicht richtig [...], daß man als Ausweg sogenannte Räte der Brigaden der sozialistischen Arbeit schafft. [...] Wir machen keine neuen ‚Strukturveränderungen‘.“³⁸ Angesichts der oben konstatierten reformsozialistischen Tendenzen der Diskussion um eine Erweiterung der Rechte der „sozialistischen Brigaden“ erscheint Ulbrichts Assoziation von „Syndikalismus“ und „jugoslawischer Selbstverwaltung“ durchaus naheliegend.³⁹ Daß er und die Anhänger

36 Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Sekretariats des FDGB-BV Potsdam, 10.6.1960, BLHA, Rep. 547, BK 115 (unpag.).

37 Rede W. Ulbrichts auf der 5. Bezirksdelegiertenkonferenz der SED in Leipzig am 28.5.1959. Veröffentlicht in: Neues Deutschland vom 10.6.1959.

38 Ebd. Hübner (Konsens, S. 231) zufolge war der Begriff „Syndikalismus“ im Zusammenhang mit den BdsA erstmals auf einer Aussprache Ulbrichts mit dem Sekretariat des Bundesvorstandes des FDGB am 21.5.1960 gefallen. Zur Geschichte des „Syndikalismus“ in Deutschland siehe: Peter Schöttler, Syndikalismus in der europäischen Arbeiterbewegung. Neuere Forschungen in Frankreich, England und Deutschland, in: Klaus Tenfelde (Hg.), Arbeiter und Arbeiterbewegung im Vergleich. Berichte zur internationalen historischen Forschung, Historische Zeitschrift, Sonderheft Nr. 15, München 1986, S. 419–475, insbes. S. 459–469. Zum Fortleben der Stereotype der von der KPD v. a. in der frühen Weimarer Republik als „linke Abweichler“ bekämpften „Anarchosyndikalisten“ in der SED siehe: Dieter Senst, Anarchosyndikalismus in der heutigen Zeit – Wesen, Gestalt, Quellen, Funktionen und Rolle im Klassenkampf, Gesellschaftstheorien und politisch-programmatische Positionen, Diss. HUB, Berlin (O.) 1980. Dieser Autor bezieht sich allerdings mit keinem Wort auf die hier behandelte „Syndikalismus“-Affäre in der DDR.

39 Hierbei darf nicht außer acht gelassen werden, daß dies stark negativ konnotierte Kampfbegriffe, quasi Stigmata zur Bekämpfung v. a. „linker Abweichler“ innerhalb der kommunistischen Parteien waren. Die Feindschaft gegenüber dem Syndikalismus geht v. a. auf die frühen zwanziger Jahre zurück, als die „Freie Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten/[ab 1921:] Anarcho-Syndikalisten)“, FAUD (S/AS) scharfe Kritik an der KPD, insbesondere an deren politischem Monopolanspruch, ihrem Zentralismus und deren Konzept der „Diktatur des Proletariats“ übte. Vgl. den Artikel über „Syndikalismus“, in:

der von ihm verfolgten dogmatischen Richtung diese Entwicklung als gefährlich und unbedingt zu bekämpfend betrachteten, offenbarte einmal mehr, welchen „Sozialismus“ die tonangebende Fraktion innerhalb der SED in „ihrem“ Staat zu gestalten gedachte.

Nahezu zeitgleich wurde auf der 4. Tagung des FDGB-Bundesvorstandes dem „desorientierten“ Gewerkschaftsapparat die Richtung gewiesen.⁴⁰ Rudi Rubbel wurde als Sündenbock verdammt und strafversetzt⁴¹. Erich Apel – als der hochrangigste „leicht-sinnige“ Auslöser bzw. Beförderer dieser Entwicklung – „durfte“ nach altbewährtem Muster im Juniheft der Parteizeitschrift „Neuer Weg“ öffentlich widerrufen.⁴² Die „Genossen Arbeitsrechtler“ mit dem o. g. Roland Schmutzler von der Leipziger Universität wurden Ende Juni ins ZK einbestellt, wo durch die Genossen der Abteilung Gewerkschaften auch für sie „über die Bedeutung und Gefährlichkeit des Syndikalismus für den weiteren sozialistischen Aufbau [...] völlige Klarheit geschaffen“ wurde. Der „Übeltäter“ erhielt die „Möglichkeit“, die in seinem Artikel zum Ausdruck gekommenen „Grundfehler“ zu benennen und sich reumütig von ihnen zu distanzieren.⁴³

Im Juli schließlich wurde von der 9. ZK-Tagung die offizielle Kurskorrektur formal bestätigt und bekräftigt.⁴⁴ Um die Gefährlichkeit der nunmehr entschieden bekämpften „syndikalistischen Erscheinungen“ zu unterstreichen, erklärte der stellvertretende FDGB-Vorsitzende Buchheim, daß als deren Konsequenz „letzten Endes die Gewerkschaften überflüssig geworden wären“.⁴⁵ Dahinter stand wohl die Befürchtung, daß starke, eindeutig an den Interessen der Arbeiter orientierte Brigaden dem FDGB in den Betrieben zu einem ernstzunehmenden Konkurrenten erwachsen und letztlich seine organisatorische Basis hätten entziehen können. Ob er damit bewußt nur den abschreckenden „Teufel“ an die Wand malte oder mit einer tatsächlichen Verselbständigung der „Brigadebewegung“ ein später nicht mehr aufzuhaltender Stein ins Rollen gebracht worden wäre, bleibt Spekulation. Deutlich wird durch diese Bemerkung aber, wie hochempfindlich die Dogmatiker im Apparat des SED-Regimes auf jede halbwegs unkontrollierte Entwicklung reagierten, die ihre „Diktatur (des Proletariats)“ hätte irgendwie in Frage stellen können. Als historischer Bezugspunkt drängt sich hier die 1948 erfolgte Auflösung der Betriebsräte auf: Sie hatten

Thomas Meyer u. a (Hg.), Lexikon des Sozialismus, Köln 1986, S. 671f. Zu Jugoslawien und dem dort unter Tito nach 1945 propagierten und praktizierten Sozialismus-Modell, zu dessen Kernpunkten eine Art Wirtschaftsdemokratie mit ausgeprägter Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung der Betriebe gehörte, herrschte trotz der seit 1955 (Chruschtschow-Besuch in Belgrad) vollzogenen Wiederannäherung ein gespanntes Verhältnis. Vgl. Kleßmann, Zwei Staaten, S. 443.

40 Vgl. Tribüne vom 28.5.1960. Die gesamte Tagung, insbesondere die Grundsatzrede Otto Lehmanns, ist dokumentiert in: SAPMO-BArch, DY 34/2/6868 (unpag.).

41 Ebd., im Referat von O. Lehmann; vgl. Roesler, Inszenierung, S. 49f.

42 Erich Apel, Die straffe Leitung der Betriebe und die sozialistische Gemeinschaftsarbeit durch richtige Maßnahmen fördern, in: Neuer Weg 15 (1960), S. 759-764.

43 ZK der SED, Abt. Gew., Bericht über die Arbeitsberatung mit Genossen Arbeitsrechtlern am 20.6.60, SAPMO-BArch, DY 30 IV 2/611/25 (unpag.). Ob es Ironie bzw. Sarkasmus war, daß Schmutzler ein „völliges Unverständnis für den Mechanismus des demokratischen Zentralismus“ eingestand, ist im Protokoll nicht vermerkt. Freilich war genau dies – das Ernstnehmen des in der leninschen Definition des „demokratischen Zentralismus“ euphemistisch gebrauchten Adjektivs „demokratisch“ – der Knackpunkt in der gesamten „Syndikalismus“-Debatte.

44 Durch sozialistische Gemeinschaftsarbeit zum wissenschaftlich-technischen Höchststand im Maschinenbau und in der Metallurgie. 9. Tagung des ZK der SED, 20. bis 23.7.1960, hg. v. ZK der SED, Berlin (O.) 1960.

45 Ebd., S. 338.

seinerzeit den Betriebsgewerkschaftsleitungen (BGL) des FDGB weichen müssen, weil sie nicht nach dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ steuerbar waren und als die traditionelle Institution der Interessenvertretung der Arbeiter in den Betrieben ein schwer zu überwindendes Hindernis auf dem Weg der Einheitsgewerkschaft zu einem vorrangig auf Produktionspropaganda festgelegten „Transmissionsriemen“ dargestellt hätten.⁴⁶

Interessanterweise wurden im Rahmen der Kampagne die Brigaden selbst – abgesehen von der Aussage, daß kein Grund bestehe, ihnen im Unterschied zur gesamten „Arbeiterklasse“ besondere Rechte einzuräumen – nicht direkt angegriffen.⁴⁷ Die Befriedungsstrategie von SED und FDGB lief vielmehr auf das Integrieren der Brigaden und ihrer aktivsten Vertreter in die bestehenden Strukturen,⁴⁸ das Abbremsen der Bildung weiterer Brigaden bzw. gar die Auflösung bereits bestehender sowie die enge Festlegung der Brigaden auf die beim Start der „BdsA“-Kampagne 1959 postulierten Inhalte hinaus.⁴⁹

Das folgende Zitat charakterisiert recht prägnant die „Syndikalismus“-Affäre aus der Herrschaftsperspektive des SED-Regimes: „Das Problem besteht darin, durch die Initiative der sozialistischen Brigaden die Leitungstätigkeit zu verbessern, ohne daß die Brigaden in die Leitungstätigkeit selbst eingreifen, denn das wäre unvereinbar mit dem Prinzip des demokratischen Zentralismus.“⁵⁰ Treffender läßt sich der euphemistische Charakter der auf Lenin zurückgehenden Konstruktion des „demokratischen Zentralismus“ kaum verdeutlichen. Wider (deren eigenes) Erwarten waren auch SED und FDGB nicht in der Lage, sich den „Pelz“ zu waschen, ohne dabei „naß“ zu werden: Die Brigaden lediglich als Instrument zur Effektivierung und Steigerung der Produktion einsetzen zu wollen, ohne ihnen

46 Vgl. Siegfried Suckut, Die Betriebsrätebewegung in der Sowjetisch Besetzten Zone Deutschlands (1945-1948), Zur Entwicklung und Bedeutung von Arbeiterinitiative, betrieblicher Mitbestimmung und Selbstbestimmung bis zur Revision des programmatischen Konzeptes der KPD/SED vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“, Frankfurt a. M. 1982, insbes. S. 513-528.

47 Ursprünglich hatte Ulbricht – intern – sogar vorrangig den „Syndikalismus einiger Gewerkschaftsfunktionäre“ als Ursache für die „fehlerhafte Brigadeentwicklung“ ausgemacht. Um nicht selbst am Pranger zu stehen, war der FDGB bemüht, diese Kritik im Rahmen der nachfolgenden Kampagne stärker auf die Brigaden umzulenken. Vgl. Hübner, Konsens, S. 230f.

48 So sprach O. Lehmann bereits auf der 4. FDGB-Bundesvorstandstagung davon, „dass die besten Vertreter aus den sozialistischen Brigaden [...] in die Ständigen Produktionsberatungen gewählt werden [sollten], wo sie auf der Grundlage unserer Gesetze und Verordnungen ihre Rechte auf die Lenkung und Leitung der Produktion und der Arbeit wahrnehmen“ könnten. SAPMO-BArch, DY 34 2/6868, Bl. 102.

49 Vgl. Hübner, Konsens, S. 237. Er führt als Beispiel für die Auflösung von Brigaden das Treibstoffwerk Schwarzheide an, wo „zur Verbesserung der Leitungstätigkeit“ fast alle Brigaden aufgelöst und wieder in Meisterbereichen zusammengefaßt wurden. Rein statistisch betrachtet fällt der Rückgang der im „sozialistischen Wettbewerb“ stehenden Brigaden zunächst moderat aus. Ihre Zahl sinkt ab Ende 1961 von ca. 130 000 auf ca. 108 000 im Jahre 1964, wobei die Summe der in diesen Brigaden zusammengefaßten Mitglieder nur geringfügig von ca. 1 750 000 auf 1 625 000 zurückging. Ob die danach erfolgte deutliche Reduzierung auf etwa 84 000 am Wettbewerb teilnehmende Brigaden in 1965 und die bis 1968 anhaltende (statistische) Talsohle in der „sozialistischen Brigadebewegung“ – Tiefpunkt war 1966 mit knapp 79 000 BdsA-Verpflichtungen (bei 1 350 000 beteiligten „Werkstätigen“) – noch auf die Nachwirkungen der „Syndikalismus“-Affäre zurückzuführen ist, oder möglicherweise mit dem NÖSPL oder noch anderen wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen zusammenhing, kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Die Zahlenangaben sind den Statistischen Jahrbüchern der DDR der Jahrgänge 1963 bis 1969, Berlin (O.) 1963ff., entnommen.

50 Heinz Paul, Durch operative Tätigkeit den sozialistischen Brigaden helfen, in: Arbeitsrecht 5 (1960), S. 201-204, hier S. 203.

gleichzeitig eine entsprechende (Macht-)Position in der betrieblichen Hierarchie zuzubilligen – dies war eine Rechnung, die nur schwerlich aufgehen konnte. Freilich hielt die Parteiführung bis zum Ende der DDR an dem Dogma fest, die „Werk­tätigen“ weder in den Betrieben noch anderswo in „ihrem“ Staat an der Ausübung der („Arbeiter-und-Bauern-“) Macht tatsächlich zu beteiligen.⁵¹ Angesichts dieser (fehlenden) Voraussetzung war und blieb es folglich paradox, daß die Herrschenden in der DDR von „ihrem“ Volk gleichzeitig ein enthusiastisches Engagement am Arbeitsplatz und darüber hinaus verlangten oder auch nur erhofften.

Es bleibt die interessante, aber nur schwer zu beantwortende Frage, in welchem Maße es im Zusammenhang der „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ wirklich zu „syndikalistischen Erscheinungen“ in den Betrieben gekommen war. Oder hatte die aufgeregte (Gegen-)Kampagne von SED und FDGB am Ende nur wenig mit den Aktivitäten der Arbeiter in den Fabriken zu tun? Nachfolgend soll daher untersucht werden, wie die DDR-Industriearbeiterschaft sich Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre zu der vom FDGB initiierten „Bewegung“ der „sozialistischen Brigaden“ verhielt und welche Rolle der „Syndikalismus“ dabei spielte.

4. Die BdsA-Kampagne im Betriebsalltag

Bereits am 13. Januar 1959, nur eine Woche nach deren Start, wurden im FDGB-Apparat „erste Erfahrungen und Lehren der Bewegung ‚Brigaden der sozialistischen Arbeit‘“ zusammengefaßt. Dabei stellte man fest, daß selbst unter jenen Vorzeigbrigaden, „die bereits bisher für gute Produktionsleistungen oder als ‚Beste Jugendbrigade der DDR‘ ausgezeichnet“ und deshalb als „Initiatoren“ der Bewegung ausgewählt worden waren, eine „zu starke Orientierung auf den ersten Teil (sozialistisch arbeiten)“ zu verzeichnen sei. Das kann insofern nicht verwundern, als es dazu keiner großen zusätzlichen Anstrengungen bedurfte, denn dies war ja seit Jahren praktisch Gegenstand des Wettbewerbes in den Betrieben. Doch selbst für diesen Bereich wurde konstatiert, daß über die bislang prämierten guten Arbeitsleistungen hinausgehende Initiativen – wie z. B. die „Seifertmethode zur Beseitigung der Verlustzeiten und zur Steigerung der Arbeitsproduktivität“ – zu selten in den neuen Verpflichtungen auftauchten. Was die neuartigen Felder der „Bewegung“ anging, hielten sich offenbar Begeisterung und Phantasie auch der bereitwilligeren Brigaden eher in Grenzen. So war ihre „Bereitschaft, auch auf gesellschaftlich-politischem Gebiet das Wissen zu vervollkommen, [...] zu schwach“. „Am schwächsten“ jedoch waren die Aussagen zum „sozialistischen Leben“: „Zwar werden im allgemeinen die zehn Gebote [...] zitiert, aber es fehlen die konkreten Verpflichtungen.“⁵²

51 Dem gleichen Grundmuster – vorsichtige Demokratisierungsansätze an der betrieblichen Basis, die sehr schnell zurückgenommen wurden – war bereits die 1956 von der SED-Führung gestartete Initiative zur Bildung sogenannter „Arbeiterkomitees“ gefolgt. Vgl. Thomas Reichel, *Konfliktprävention: Die Episode der „Arbeiterkomitees“ 1956/58*, demnächst in: Peter Hübner/Klaus Tenfelde (Hg.), *Arbeiter in der SBZ/DDR*, Essen 1999.

52 FDGB-Bundesausschuss, Sekretariat Jugend und Sport, *Erste Erfahrungen und Lehren der Bewegung ‚Brigaden der sozialistischen Arbeit‘*, 13.1.1959, SAPMO-BArch, DY 34/A 3787 (unpag.).

Genau dieses Bild spiegelte sich auch im Stahl- und Walzwerk Brandenburg an der Havel (SWB) wider. Bereits in der Woche nach dem Aufruf der Bitterfelder „Mamai“-Brigade gab die Jugendbrigade vom Siemens-Martin-Ofen auf einem „Arbeiterforum [...] mit dem 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Potsdam“ ihre Verpflichtung zum Kampf um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ ab.⁵³ Eine weitere Woche danach konnte die Betriebszeitung des SWB schon die zweite Verpflichtung – von der Brigade „Glück auf“ – abdrucken.⁵⁴ Dieser Brigade war nur einen Monat später der Artikel „Sozialistisch zu leben ist das Schwierigste“ gewidmet. Drei Kollegen, die wichtigsten Walzer der Brigade, waren Sonntag früh angetrunken zur Arbeit erschienen. Das Ergebnis war eine um fast 2/3 niedrigere Produktionsleistung während dieser Schicht. Der verantwortliche Meister und Brigadier „wollte die ganze Schuld auf sich nehmen“, wahrscheinlich um die Sache intern, ohne viel Geschrei, zu regeln. Das verhinderte allerdings die Parteigruppe der Brigade, denn es galt „den so wichtigen erzieherischen Wert der Diskussion [...] zu nutzen“. Die entsprechende „Auseinandersetzung erfolgte (dann) auch mit aller Gründlichkeit in einer Belegschaftsversammlung der Brigade.“ Die vom Kollektiv beschlossenen Strafen waren durchaus hart: Prämienentzug für die nächsten 2 bis 4 Monate, und einer der drei wurde sogar für einen Monat auf Strafarbeit, mit Bezahlung in einer Lohngruppe tiefer, gesetzt.⁵⁵ Für diese Art der Maßregelung ist sicherlich nicht allein der Erziehungswille besonders beflissener SED-Genossen ausschlaggebend gewesen. Mindestens ebenso wichtig war wohl, daß durch die von den drei alkoholisierten Kollegen verursachte Minderleistung auch alle übrigen Brigademitglieder Lohn- bzw. Prämieeinbußen befürchten mußten; womit offenbar ein Punkt erreicht war, an dem bei den meisten Arbeitern die Freundschaft aufhörte.⁵⁶ Dieselbe Brigade „Glück auf“ war ein halbes Jahr später noch einmal „Mode“. „Fritze Stöbert“⁵⁷ nahm sie, wiederum in der Betriebszeitung, auf's Korn. Für eine Brigadefeier hatten sie sich ein derbes Sauflied gereimt, das sich nicht so recht mit den

53 Roter Stahl (Betriebszeitung des VEB Stahl- und Walzwerk Brandenburg/Havel), Nr. 2/1959, S. 1. Es fällt auf, daß, wie in diesem Falle oder auch schon bei den „Initiatoren“ der BdsA-„Bewegung“, der Bitterfelder „Mamai“-Brigade, sehr häufig Jugendbrigaden – ausgewählt von FDGB- bzw. SED-Funktionären oder aus eigenem Antrieb – zu den Vorreitern der „sozialistischen Brigadebewegung“ in ihren Betrieben gehörten. Dies war sicherlich kein Zufall und auch nicht allein dem Umstand geschuldet, daß der FDJ-Zentralrat als Juniorpartner des FDGB an der Ausarbeitung der BdsA-Kampagne beteiligt gewesen war. Die näheren Gründe dafür aufzuspüren ist wichtig und interessant – muß aber an dieser Stelle auf spätere Untersuchungen vertagt werden. Dabei wird u. a. zu fragen sein, ob die von Lüdtker für die Bildung von Jugendbrigaden ein Jahrzehnt zuvor herausgearbeiteten Motive, wie z. B. das traditionelle Nicht-abgucken-lassen der älteren Facharbeiter gegenüber den jungen oder die stärkere Zurückhaltung der älteren Generation in bezug auf die Erhöhung von Normen und Arbeitsproduktivität, Ende der fünfziger Jahre noch die selbe Relevanz besaßen. Vgl. Alf Lüdtker, „Helden der Arbeit“ – Mühen beim Arbeiten. Zur mißmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR, in: Hartmut Kaelble u. a. (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 188–213, hier S. 202.

54 Roter Stahl, Nr. 3/1959, S. 1.

55 Roter Stahl, Nr. 7/1959, S. 4.

56 Vgl. die Aussagen eines Hochöfners aus dem EKO über solche Formen von „Sozialkontrolle im Kollektiv“, in: Lutz Niethammer u. a., Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR, Berlin 1991, S. 404.

57 Unter diesem Pseudonym nahm ein (oder mehrere) besonders eifrig-kämpferischer Agitator in der Betriebszeitung oder SWB-internen Flugblättern und Wandzeitungsartikeln tatsächliche oder vermeintliche Mißstände unter die Lupe und griff die betroffenen Kollegen dabei meist scharf an.

Vorgaben für das „sozialistische Leben“ der „neuen Menschen“ vertrag.⁵⁸ Damit war diese Brigade zumindest für die erste Runde des „Titelkampfes“ aus dem Rennen.

Anfang Juni 1959 wurde zum erstenmal die Jugendbrigade „Willy Becker“ erwähnt, die ein Jahr später als erste und zunächst einzige im SWB den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ erhielt. Nicht von großartigen Verpflichtungen handelt der Bericht, sondern von ihrer bereits geleisteten „gesellschaftlichen“ Arbeit. Da stehen für sie 192 freiwillig erbrachte Stunden im Rahmen des „Nationalen Aufbauwerkes“ (NAW) und etliche Stunden tatkräftiger Unterstützung beim Rübenverziehen und bei der Heuernte in ihrer Paten-LPG der kleinen Vorortgemeinde, in der die meisten Brigademitglieder wohnen, zu Buche.⁵⁹ Um diese Hilfe, die die jungen Stahlwerker an ihren arbeitsfreien Tagen leisteten, fortzusetzen, bauten sie nun gerade ein Zeltlager an einem See in der Gemeinde auf, wohin sie auch die Pioniere ihrer Patenklasse einzuladen beabsichtigten.⁶⁰ Dies wirkt glaubhaft – ohne große Phrasen und Parolen. Damit könnten die jungen Arbeiter der Brigade „Willy Becker“ als ein Beispiel für jene stehen, die zumindest teilweise bereit waren, „sozialistisch“ zu arbeiten und zu leben. Das geschah aber sicher weniger aus politischer Überzeugung, als vielmehr aus dem einfachen Grund, daß es hier zu einer partiellen Übereinstimmung zwischen den persönlichen Interessen sowie tradierten Verhaltensweisen der Arbeiter einerseits und der als ‚sozialistisch‘ postulierten Arbeits- und Lebensweise andererseits kam.⁶¹

Daß sich einige – v. a. Jugendbrigaden – tatsächlich engagierten und z. B. höhere Produktionsleistungen erzielten, führte durchaus auch zu Spannungen unter den Stahlwerkern, zumal wenn sie im gleichen Arbeitsbereich an deren Ergebnissen gemessen wurden. Ein Genosse, der stolz über einen neuen Schichtrekord berichtete, fügte dann hinzu: „Die erste Reaktion bei der Ablösung der Kollegen und Genossen war, daß sie sie nicht anguckten.“⁶² „Normenbrecher“ waren offensichtlich auch 1959 nicht sehr beliebt. Allerdings war dieser Ruf im „Kollektiv“ sicher etwas leichter zu ertragen als für die „Einzelkämpfer“ der (frühen) „Aktivistenbewegung“ Ende der vierziger Jahre.⁶³

58 Siehe dazu das „Gedicht“ am Ende dieses Aufsatzes.

59 Die NAW-Stunden wurden zwar freiwillig, aber dennoch nicht ganz uneigennützig geleistet. Wer nämlich eine größere Anzahl (zumindest mehrere Hundert) solcher Arbeitsstunden nachweisen konnte, verbesserte seine Aussichten, beispielsweise bei der Vergabe begehrter neuer Wohnungen eher berücksichtigt zu werden. (Für diesen Hinweis habe ich Dietrich Mühlberg zu danken.) Wenngleich die Lebensmittelrationierung mittlerweile der Vergangenheit angehörte, könnte auch die Hilfe in der Landwirtschaft den Arbeitern willkommene zusätzliche Nahrungsmittel eingebracht haben. Außerdem liegt die Vermutung nahe, daß die in diesem Dorf wohnhaften Brigademitglieder, aufgrund verwandtschaftlicher Beziehungen, den dortigen Bauern ohnehin geholfen hätten, da dies traditionell so üblich war.

60 Roter Stahl, Nr. 22/1959, S. 2.

61 Auf diese Brigade werde ich im 2. Fallbeispiel (6.) noch zurückkommen.

62 SED-Grundorganisation (GO) des VEB SWB, Protokoll der Parteiaktivtagung im SWB vom 24.10.1959, BLHA, Rep. 532, Nr. IV/7/055/110 (unpag.).

63 Adolf Hennecke beschrieb die Reaktion seiner Kollegen nach seiner Rekord-Schicht im Oktober 1948 mit fast den selben Worten: „Als ich am nächsten Tag auf den Schacht kam, haben mich die Kumpel nicht mehr angesehen [...] Früher war das eben der Adolf, ein Kumpel wie jeder andere. Jetzt aber stand eine Wand zwischen uns.“ Zitiert nach Hübner, Konsens, S. 35. Die erste Brigade-Kampagne des FDGB (ab Ende 1950) kann durchaus als Versuch gewertet werden, die nicht sonderlich erfolgreiche „Bewegung“ der „Hennecke-Aktivisten“ quasi auf kollektiver Basis fortzuführen und dadurch wesentlich zu verbreitern. Vgl. ebd., S. 215.

Im Unterschied zu 1950, als die SED-Betriebsorganisation des SWB noch zu schwach und mehr mit sich selbst beschäftigt gewesen war, wirkte sie nun an der „sozialistischen“ Brigadekampagne maßgeblich mit. Das geschah u. a., indem sie jeder Brigade einen Parteibeauftragten zuwies, der sich gemeinsam mit der jeweiligen Parteigruppe um die „noch vorhandenen Mängel“ kümmern sollte. Dies war aber scheinbar kein sehr beliebter Job, denn „der größte Teil der Genossen Parteibeauftragten ... haben ihre Aufgaben nicht ernst genommen.“ Um den Erfolg der Kampagne besser befördern zu können, beschloß die Betriebsparteiorganisation (BPO), „daß die Kader [hier: einfach nur SED-Mitglieder – d. Verf.] auf die Schichten richtig verteilt [werden müßten], weil sonst die Parteigruppe in ihrem Bereich nicht führend sein“ könne.⁶⁴ Damit entsprachen die Brandenburger Genossen offensichtlich der Generallinie der SED hinsichtlich der „sozialistischen Brigaden“. In einem Berlin betreffenden Informationsbericht der mittlerweile mit den „sozialistischen Brigaden“ befaßten ZK-Abteilung vom August 1959 wird nämlich kritisiert, daß „einige Kreisleitungen [der SED – d. Verf.] [...] über die Verteilung der Parteikräfte in den Brigaden [...] keine Übersicht“ hätten und außerdem durchschnittlich „auf jede Brigade nur ein Genosse“ komme.⁶⁵ Da konnte die Parteiorganisation des SWB schon höhere Ergebnisse anstreben, wobei sie die „sozialistischen Brigaden“ gleichzeitig als aussichtsreiches Feld zur Gewinnung neuer Mitglieder betrachtete. So wurden die Genossen des Stahlwerkes im Oktober 1959 aufgerufen, bei der Festigung der Brigaden mitzuhelfen und bis Jahresende in jeder BdsA einen Kandidaten für die SED zu werben.⁶⁶ Dies scheint auch in anderen Betrieben so oder ähnlich praktiziert worden zu sein, ging also wahrscheinlich auf eine zentrale Vorgabe zur Mitgliederwerbung zurück. Ein extremes Beispiel für diese Praxis ist jene Jugendbrigade aus dem Kaliwerk Bernburg, deren Vertreter auf der FDGB-Bundesvorstandstagung im Mai 1960 voller Stolz berichtete, daß es den 16 Genossen der Brigade gelungen war, die restlichen 14 Kollegen quasi im Block zum Eintritt in die Partei zu bewegen, „so daß wir jetzt eine Gruppe für uns sind, also mit 30 Genossen“.⁶⁷

Unabhängig von dieser nicht ganz uneigennütigen Unterstützung durch manche BPO erfreuten sich jene Brigaden, die erklärten, „sozialistisch“ werden zu wollen, aufgrund des politischen Rückenwindes der „BdsA“-Kampagne, allgemeiner Förderung, bzw. gelang es ihnen besser, bestimmte Forderungen durchzusetzen, als jenen, die diese Verpflichtung nicht eingingen. Beispielsweise erreichten die Kolleginnen einer „sozialistischen Brigade“ in einer Spinnerei, daß die Werkleitung den Materialversorger nach einigem Hin und Her anwies, die von den Frauen geforderten besseren Spindelschnuren zu beschaffen, bei deren Einsatz die Fäden wesentlich seltener rissen.⁶⁸ Dadurch erzielten sie qualitativ und quantitativ höhere Produktionsergebnisse, was sich für die Brigademitglieder letztlich in

64 SED-Grundorganisation (GO) des VEB SWB, Protokoll der Parteiaktivtagung im SWB vom 24.10.1959, BLHA, Rep. 532, Nr. IV/7/055/110 (unpag.).

65 ZK der SED, Org.-Abt., Informationsbericht über den Stand des Wettbewerbes um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ in Berlin (Vertrauliche Verschlusssache), 19.8.1959, SAPMO-BArch, DY 30/IV/2/5/422, Bl. 74–82, hier Bl. 80.

66 SED-GO des VEB SWB, Protokoll der Parteiaktivtagung im SWB vom 24.10.1959, BLHA, Rep. 532, Nr. IV/7/055/110 (unpag.).

67 FDGB-Bundesvorstand (nachfolgend BuVo), Protokoll der 4. Tagung des BuVo, 24./25.5.1960, SAPMO-BArch, DY 34/26868, Bl. 141f. Der Einfluß der Betriebsparteiorganisationen auf die Brigadekampagne sowie Rolle und zahlenmäßige Stärke der SED-Genossen innerhalb der „sozialistischen Brigaden“ werden vom Verfasser im Rahmen des Gesamtprojektes noch eingehender untersucht.

68 Ebd., Bl. 146f.

steigenden Leistungslöhnen niederschlug – während Kolleginnen in anderen Abteilungen, die sich nicht zum „Titelkampf“ bereit erklärt hatten, womöglich mit den schlechteren Spindelschnuren weiterarbeiten mußten und im Endeffekt also auch weniger Geld verdienten. Derartige Privilegierungen schafften verständliche Unzufriedenheit unter den faktisch benachteiligten Arbeiterinnen und Arbeitern, so daß schließlich Forderungen laut wurden, die Brigadeverträge abzuschaffen, damit die Werkleitungen darin nicht länger „gegenüber diesen Brigaden besondere Verpflichtungen in der Arbeitsorganisation u. a. übernehmen ..., sondern allen Brigaden gute Voraussetzungen für die Arbeit schaffen“.⁶⁹

Wenn man außerdem die z. T. beträchtlichen Prämien berücksichtigt, die den BdsA winkten,⁷⁰ kann durchaus von finanziellen Anreizen gesprochen werden, die eine Verpflichtung zur „sozialistischen Brigade“ überlegenswert machten. Das ist sicherlich ein wesentlicher Grund für das schnelle Anwachsen der „sozialistischen Brigadebewegung“, wobei die in der Anfangszeit noch außerordentlich große Differenz zwischen der Zahl der Verpflichtungen und den tatsächlich mit dem Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ Ausgezeichneten zu berücksichtigen ist.⁷¹ Wurde aber an den in Aussicht gestellten bzw. erhofften Prämien herumgekürzt, sank sehr schnell die Bereitschaft zur Teilnahme am Wettbewerb. Als „typische Stimmen von Arbeitern“ charakterisierte im Frühjahr 1960 der FDGB-Bezirksvorsitzende von Magdeburg folgende Aussage: „Wenn mal was rauskommt, dann fängt der Kampf um die Prämienzahlungen an. Es wird dann immer etwas gefunden, was nicht erfüllt wurde, damit man uns die Prämien herabsetzen kann. [...] Das ist typisch die Prämien Diskussion, wo man einen Pfennig wegstehlen kann, und in dieser Verbindung gibt es ähnliche Stellungnahmen von anderen Brigaden.“⁷²

69 ZK der SED, Abt. Gew., Probleme, die sich aus der Diskussion auf dem 5. FDGB-Kongreß ergeben, 5.11.1959, SAPMO-BArch, DY 30 IV/2/611/33, Bl. 462.

70 Im Juli 1959 wurde festgelegt, daß es sich bei dem Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ um eine staatliche Auszeichnung handeln soll. Die Gewerkschaften hatten das „Vorschlags- und Beschlußrecht“, während der Staatsapparat die Globalbestätigung“ dieser Vorschläge vornehmen sollte. Es wurde zunächst eine Prämierung festgelegt, die „DM 500,- pro Person überschreitet“. Angesichts eines durchschnittlichen Monatseinkommens von knapp DM 550,- (für Produktionsarbeiter in der „sozialistischen Industrie“, nach: Statistisches Jahrbuch der DDR, Berlin (O.) 1963, S. 40) kam eine solche Prämie also einem zusätzlichen Monatsgehalt gleich. Die Zahl der auszuzeichnenden BdsA sollte jährlich vom FDGB-Bundesvorstand vorgeschlagen und durch den Ministerrat beschlossen werden. ZK der SED, Abt. Gew., Aktennotiz betr. Aussprache über Verleihung des Titels „Brigade der sozialistischen Arbeit“, 24.7.1959, SAPMO-BArch, DY 30/IV/2/611/52, Bl. 174.

71 Am 7.10.1959, zum 10. Jahrestag der DDR-Gründung, wurden zunächst nur 103 Brigaden ausgezeichnet, während sich bis zum Jahresende bereits knapp 60 000 Kollektive zum „Titelkampf“ verpflichtet hatten. Die Differenz zwischen sich verpflichtenden und ausgezeichneten BdsA nahm später immer mehr ab. Bereits im folgenden Jahr standen ca. 130 000 Verpflichtungen knapp 600 Auszeichnungen gegenüber. 1961 blieb die Zahl der zum Wettbewerb antretenden BdsA etwa gleich, aber die Zahl der verliehenen Titel verdreifachte sich. Bereits hier dürfte eine Kürzung der an die einzelnen Brigademitglieder ausbezahlten Prämien erfolgt sein, was mit Sicherheit erst recht in den siebziger und achtziger Jahren der Fall war, als die Anzahl der verliehenen BdsA-Titel quasi inflationäre Ausmaße annahm. (1970: ca. 132 000 Verpflichtungen und 25 000 Auszeichnungen, 1975: 230 000 Verpfl./107 000 Ausz., 1980: 255 000 Verpfl./184 000 Ausz.) Zahlenangaben nach Siegfried Prokop, Übergang zum Sozialismus in der DDR. Berlin (O.) 1986, S. 126f. bzw. Statistisches Jahrbuch der DDR 1981, Berlin (O.) 1981, S. 110 u. 113.

72 FDGB-BuVo, Protokoll der 4. Tagung des BuVo, 24./25.5.1960, SAPMO-BArch, DY 34/26868, Bl. 164ff.

Ein weiterer Punkt, der den Interessen nicht weniger Arbeiter entgegenkam, war die unter der Rubrik „sozialistisches Lernen“ geführte Qualifizierungskampagne. In deren Rahmen erhielten viele die Möglichkeit, neben der Arbeit – v. a. in Betriebsakademien – ihren Facharbeiterabschluß nachzuholen, einen zweiten Beruf zu erlernen, sich zum Meister zu qualifizieren oder gar einen Hoch- bzw. Fachschulabschluß zu erwerben,⁷³ womit sie die Perspektive verbanden, in höhere Lohngruppen aufsteigen sowie interessantere und körperlich weniger schwere Tätigkeiten ausüben zu können. Allerdings dürfte auch hier eine Lücke zwischen der Anzahl der verbalen Verpflichtungen und der tatsächlichen Teilnahme an der euphorisch begonnenen Weiterbildungsoffensive geklafft haben.⁷⁴

In einigen Brigaden brachte die mit dem „sozialistischen Leben und Lernen“ in die „Brigadebewegung“ eingeführte starke ideologische Komponente von FDGB- und SED-Funktionären als „Überspitzungen“ bezeichnete Erscheinungen mit sich. Anhand von Beispielen aus verschiedenen Betrieben warnen sie bereits im ersten Jahr der „sozialistischen Brigaden“ davor, diese „Bewegung“ dadurch einzuengen, daß „keine Frauen in diese Brigaden aufgenommen werden, daß man den Brigademitgliedern verbietet, in die Kirche zu gehen [...], daß man Arbeiter nicht aufnimmt, weil sie trinken, daß man diese Brigaden nur mit Jugendlichen bildet und die Alten beiseite schiebt.“ Ebenso dürften die Arbeiter nicht durch „unerfüllbare Forderungen“ abgestoßen werden, wie z. B. „die Freizeit der Brigademitglieder zu planen, Vorschriften, nur im Kollektiv ins Theater oder (zu) anderen kulturellen Veranstaltungen zu gehen oder das Verbot, als Junggeselle auch mal mit einer anderen Frau auszugehen“.⁷⁵ Sicher besaßen die „kulturellen Pflichtübungen“ für manche Brigade eine „gewisse Attraktivität“ – zumal sie ganz erheblich bezuschußt wurden.⁷⁶ Für andere war es aber gerade diese Sparte „sozialistisches Leben“, der sie mit erheblichen Vorbehalten begegneten. Bei den zuständigen Genossen im SED-Apparat rubrizierten derartige Einstellungen unter „unklare Argumente aus den sozialistischen Brigaden“. So sei von „Jugendlichen [...] wiederholt die Frage gestellt [worden]: Müssen wir denn sozialistische Brigade werden? Wir können doch auch so unsere ökonomischen Aufgaben erfüllen und können uns unser Privatleben einrichten, wie wir gerne möchten! In Diskussionen – besonders mit Kolleginnen – taucht[e] wiederholt die Frage der Einkäufe in Westberlin auf. Sie meinten, wenn man ihnen das verbietet, könnten sie nicht in einer sozialistischen Brigade arbeiten.“⁷⁷ Im Brandenburger Stahlwerk stellten Arbeiter die Frage ob sie als Mitglieder einer BdsA „sich sozialistisch trauen [...] und ihre Kinder die sozialistische Jugendweihe haben“ müßten.⁷⁸

So fielen die Reaktionen der Arbeiterschaft auf die Kampagne zu den „sozialistischen Brigaden“ recht unterschiedlich aus. Die Bandbreite reichte von vereinzelt „überspitzten“

73 Vgl. Roesler, *Inszenierung*, S. 43f.

74 Das ist zumindest der Klage eines Mitarbeiters der Betriebsakademie des SWB zu entnehmen, der im September 1959 in der Betriebszeitung feststellen muß, daß trotz zahlreicher Verpflichtungen in den Brigadeverträgen ein Großteil der Kollegen „keine Lust mehr zum Studieren“ hat. Siehe *Roter Stahl*, Nr. 37/1959.

75 ZK der SED, Abt. Parteiorgane, *Fragen der Arbeit mit den Gemeinschaften und den Brigaden der sozialistischen Arbeit* (Entwurf), o. D. (ca. Mitte 1959) SAPMO-BArch, DY 30 IV/2/5/422, Bl. 70.

76 Hübner, *Konsens*, S. 228.

77 ZK der SED, Org.-Abt., *Informationsbericht über den Stand des Wettbewerbes um den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“* in Berlin, 19.8.1959, SAPMO-BArch, DY 30 IV/2/5/422, S. 82.

78 SED-GO des VEB SWB, *Protokoll der Parteiaktivtagung vom 24.10.1959*, BLHA, Rep. 532 IV/7/055/110, Bl. 22.

Aufgreifen aller drei Komponenten, über die partielle Annahme, v. a. der Punkte, mit denen höhere Löhne bzw. Prämien zu erzielen waren, bis hin zur völligen Ablehnung, um den ideologischen Implikationen, insbesondere den Eingriffen ins Privatleben, zu entgehen. Einige Brigaden versuchten, die mit der ideologischen Aufwertung der BdsA verbundene Protegierung durch SED und FDGB zur teilweise beträchtlichen Ausdehnung ihrer Spielräume innerhalb der Betriebe zu nutzen, wozu sie – wie oben geschildert – von z. T. hochrangigen Funktionären ausdrücklich ermuntert wurden. Davon soll das folgende Kapitel handeln.

5. „Jugoslawische Verhältnisse“ in den Betrieben?

Summiert man die bei Klinger und Hübner genannten Betriebe, in denen Brigaden im Zusammenhang der sogenannten „Syndikalismus“-Affäre Aktivitäten in Richtung mehr Rechte und Eigenständigkeit entwickelten, kommt man auf ca. ein Dutzend.⁷⁹ Diese Brigaden waren beispielsweise dazu übergegangen, die von Apel vorgeschlagenen Kompetenzen z. T. in eigene Regie zu übernehmen – nicht selten unter ausdrücklichem Bezug auf dessen „ND“-Artikel. Einige von ihnen führten das Prinzip der „Selbstnormung“ ein, schafften die Stempelkarten ab, beanspruchten Mitspracherechte in Personalfragen, einschließlich disziplinarischer Befugnisse und schalteten sich in die Planaufschlüsselung ein. Die Ähnlichkeit bzw. Kongruenz zu den oben angeführten theoretischen Überlegungen, läßt auf mindestens indirekte Beziehungen zwischen beiden Ebenen schließen.⁸⁰

Am weitesten gingen offenbar jene, die „Räte der Brigaden“ installierten⁸¹ und entsprechende Statuten bzw. Rechkataloge ausarbeiteten, deren Inhalte über die Artikel z. T. hinausgingen – fast immer mit dem ausdrücklichen Verweis auf Apel oder Rubbel. Im bereits erwähnten „Karl-Marx“-Werk Babelsberg nahmen die Vertreter der besten Brigaden gleichberechtigt an der wöchentlichen Werkleitersitzung teil. Dort wurden außerdem Disziplinarbefugnisse auf die Brigaden übertragen, mit der Begründung, daß sie so besser

79 Klinger, Brigaden, S. 80–82; Hübner, Konsens, S. 229 und 235. Die nachfolgend angeführten Beispiele sind ebd. entnommen.

80 Das zeigen auch die oben zitierten Artikel von Rubbel und Schmutzler, die explizit auf Beispiele aus Betrieben Bezug nehmen.

81 Auf die Existenz solcher „Brigaderäte“ kann bislang nur indirekt geschlossen werden; vgl. das Ulbricht-Zitat am Beginn des Kapitels 3 (oben) und den Auszug aus einem Bericht der ZK-Abteilung Gewerkschaften (Anmerkung 32). Diese potentiell brisante – weil zumindest strukturell den 1948 abgeschafften Betriebsräten vergleichbare – Institution hat es in dieser Ausprägung in dem fraglichen Zeitraum vielleicht gar nicht gegeben. Die einzige dem Verfasser bislang bekannte Quelle, außer den beiden oben genannten, in der „Brigaderäte“ auftauchen, ist die Diplomarbeit eines Gewerkschaftsfunktionärs (aus dem Eisenhüttenkombinat StalinStadt, EKS, wie das EKO zu diesem Zeitpunkt noch hieß) an der Hochschule des FDGB, die Anfang März 1960 abgeschlossen wurde. Die dort diskutierte Form von „Brigaderäten“, die offenbar Ende 1959/Anfang 1960 in einem Bereich des EKS (Hochofen) gebildet worden waren, hatte allerdings inhaltlich und in ihrer personellen Zusammensetzung einen ganz anderen, in dem eben angedeuteten Sinne völlig harmlosen, Charakter. Vgl. Erich Berger, Die Stellung des Vertrauensmannes innerhalb der Betriebsgewerkschaftsorganisation und seine Rolle bei der Entfaltung eines mächtigen Arbeitsaufschwungs. (Untersucht im Eisenhüttenkombinat StalinStadt, AGL – Bereich Hochofen – Gewerkschaftsgruppe „Görs“ – Hochofen I), Bernau (Hochschule des FDGB) 1960, S. 19ff.

durchzusetzen seien, und die Rechte und Pflichten der Brigaden wurden in einer Werkleiteranordnung bindend festgelegt.⁸²

Nach allem, was bisher bekannt ist, hatten „syndikalistische“ Tendenzen in den Betrieben bis zum Frühjahr 1960 ein qualitativ und quantitativ so geringes Ausmaß erreicht, daß Ulbrichts Reaktion und die nachfolgende Kampagne völlig überzogen erscheinen. Es entsteht der Eindruck, als sei von den Apparaten der SED und des FDGB nun krampfhaft nach vermeintlich „syndikalistischen“ Erscheinungen in den Industriebetrieben der DDR gesucht worden. Ab Juli 1960 – also bereits nach Einsetzen der offiziellen „Syndikalismus“-Kritik – witterten die inzwischen aufgeschreckten Funktionäre beispielsweise in der „Bildung von Brigadekonten oder -kassen“ eine neue Erscheinung des „Syndikalismus“. Denn diese würden „das Eigenleben und die Forderung nach größerer Selbständigkeit der Brigaden im Produktionsprozeß“ fördern und hätten im schlimmsten Fall bereits „Tendenzen eines eigenen Organisationslebens der Brigaden mit entsprechender finanzieller Grundlage“ zur Folge. Beispiele wie 14 000 Mark auf dem Konto einer Brigade aus der Filmfabrik Wolfen, das Einrichten eigener Sparkassenkonten durch 48 Brigaden im Kreis Zschopau oder gar die Anschaffung eines Padelbootes nebst Campingausrüstung aus den Mitteln ihrer gemeinsamen Kasse durch eine Leunaer Brigade trugen die Genossen der ZK-Abteilung als Belege für diese „gefährliche“ Entwicklung zusammen.⁸³ Die Ausprägung noch so bescheidener Anfänge eines „Eigenlebens“ oder gar einer „größeren Selbständigkeit“ der Brigaden konnte „Vater Staat“ nach Auffassung der in der SED-Führung dominierenden Dogmatiker unter keinen Umständen zulassen. Dies widersprach offensichtlich deren absolutem Lenkungs- und Kontrollanspruch. Fragt sich nur, was dann für die Praxis des „sozialistischen Lebens“ der Brigaden noch übrigbleiben und wenigstens ein bißchen den Interessen der Arbeiter entsprechen sollte.

Die Frage nach dem tatsächlichen Ausmaß der „Syndikalismus“-Affäre in den Betrieben kann noch nicht abschließend beantwortet werden. Dazu bedarf es weiterer Archivstudien zu verschiedenen Bezirken und Branchen. Aus den Aufsätzen von Klinger und Hübner und den Überlieferungen von SED und FDGB auf zentraler Ebene sowie für den Bezirk Potsdam entsteht jedoch der Eindruck, daß es nur eine kleine Zahl von „sozialistischen Brigaden“ gegeben hat, die – über das Aushandeln höherer Löhne und Prämien hinaus – größere Rechte im o. g. Sinne beansprucht und durchgesetzt haben. Dafür spricht auch, daß in den Quellen keine Hinweise darauf zu finden sind, daß es nach Einsetzen der parteioffiziellen „Syndikalismus“-Kritik und dem Kassieren der z. T. bereits beschlossenen „größeren Rechte“ für die BdsA zu irgendwelchen Unruhen in den Betrieben gekommen wäre. Andererseits hängt die Beantwortung der Frage nach der realen Ausbreitung „syndikalistischer“ Tendenzen in den Betrieben natürlich davon ab, was man alles unter diesem Begriff subsumiert. Bei einer weiten Auslegung entstünde eine Art Grauzone, mit der sich der Bereich der beteiligten Brigaden und Betriebe weit über die oben genannte Zahl bisher ermittelter konkreter Beispiele ausdehnen würde.⁸⁴ In jedem Fall ist Hübners Einschätzung zuzustimmen, daß die – oben skizzierte – recht drastische Intervention der SED-Spitze nicht

82 BL der SED Potsdam, Protokoll der Bezirks-Neuererkonferenz am 28.4.1960 im Haus der SED-BL mit Mitgliedern der sozialistischen Brigaden und Gemeinschaften und Neuerern der Produktion, BLHA, Rep. 530, Nr. 1160 (unpag.).

83 Zitiert nach Hübner, Konsens, S. 235f.

84 Für eine genauere Bestimmung dieser ‚Grauzone‘ kann an dieser Stelle nur auf die noch zu schreibende Dissertation des Verfassers verwiesen werden.

zuletzt auf die krisenhafte Gesamtsituation, in der sich die DDR 1960/61 befand, zurückzuführen war, die das Regime offenbar empfindlich auf kleinste Ansätze der Relativierung der Strukturen und Mechanismen seiner Herrschaft reagieren ließ.⁸⁵ Zudem hatte die „Syndikalismus“-Kampagne offenkundig weit mehr mit „reformistischen Unklarheiten“ innerhalb des SED- und FDGB-Apparates als mit der Arbeiterschaft in den Betrieben zu tun.

Abschließend soll – kontrastierend zu dieser in bezug auf die wirklichen Vorgänge in der Arbeiterschaft beinahe wie eine Phantom-Debatte anmutende „Syndikalismus“-Affäre – ein etwas genauerer Blick auf zwei der ersten ausgezeichneten „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ geworfen werden.

6. Die ersten ausgezeichneten „Brigaden der sozialistischen Arbeit“

Die Untersuchung einzelner Fallbeispiele „sozialistischer Brigaden“ kann natürlich kein repräsentatives Bild über das Verhalten der gesamten DDR-Industriearbeiterschaft gegenüber der BdsA-Kampagne des FDGB ergeben. Es darf aber angenommen werden, daß mit dem BdsA-Titel geehrte Brigaden dieser „Bewegung“ vergleichsweise positiver gegenüberstanden als der (imaginäre) Durchschnitt der Arbeiterschaft.

Zwei der wenigen hundert in den ersten beiden Jahren der „sozialistischen Brigadebewegung“ ausgezeichneten Kollektive auszuwählen, bedeutet wiederum, daß auch in bezug auf diese relativ kleine Gruppe kein Repräsentativitätsanspruch erhoben werden kann. Diese Auswahl erfolgte nicht willkürlich, sondern ist bedingt durch die Quellenlage der vom Verfasser eingesehenen Aktenbestände. Hierbei ist in Rechnung zu stellen, daß Material gerade zu diesen beiden Brigaden vorhanden ist, weil sie in irgendeiner Form „negativ aufgefallen“ waren und damit die besondere Aufmerksamkeit verschiedener SED-Instanzen auf sich zogen, die dann die aus ihrer Sicht erforderlichen Untersuchungen durchführten. Die Berichte bzw. Protokolle, auf denen die Analyse der Fallbeispiele beruht, sind also quasi aus der Herrschaftsperspektive verfaßt, von SED-Funktionären auf Betriebs-, Kreis- bzw. Bezirksebene, was eine bestimmte Tendenz ihrer Untersuchungen einschließlich der Ergebnisse und Schlußfolgerungen impliziert. Der Umkehrschluß, daß „sozialistische Brigaden“, über die keine derartigen Untersuchungen angestellt wurden und zu denen demzufolge auch keine entsprechenden Akten vorhanden sind, der von SED und FDGB gedachten „Norm“ in allen Punkten entsprachen, erscheint allerdings fragwürdig. Angenommen werden kann lediglich, daß nicht in dieser Art aktenkundig gewordene Brigaden keine derart gravierenden Vorkommnisse – wie die versuchte „Republikflucht“ zweier ihrer Mitglieder, die auch noch der SED angehörten (Fallbeispiel 1) – zu verzeichnen hatten. Die im zweiten Fallbeispiel zutage tretende Einstellung, daß die Arbeiter nunmehr „nur“ noch gut arbeiten und in den stark ideologisch geprägten Feldern „sozialistisch lernen und leben“ deutlich kürzer treten wollten, dürfte mit großer Wahrscheinlichkeit sehr weit verbreitet gewesen sein. Die Chance, dies bei entsprechend detaillierten Studien zu anderen Betrieben nachweisen zu können, hängt allerdings auch davon ab, ob die jeweiligen APO- bzw. BPO-Funktionäre ähnlich ideologisch „scharf“ und eifrig waren wie in dem vorgestellten

85 Hübner, Versündigungen, S. 114.

Fall die Genossen aus dem SWB. Es gab mit Sicherheit SED-Funktionäre auf betrieblicher Ebene, die keinen Anstoß an der Haltung der Kollegen von der Brigade „Willy Becker“ genommen oder deswegen zumindest nicht so ein „Faß“ aufgemacht hätten. Insgesamt kann wohl mit einiger Berechtigung unterstellt werden, daß die beiden Fallbeispiele durchaus einige tendenziell verallgemeinerbare Einsichten im Hinblick auf die Einstellungen der Mitglieder ausgezeichneter „sozialistischer Brigaden“ zu dem gesamten „BdsA“-Programm von FDGB und SED ermöglichen.

Fallbeispiel 1: Brigade „Patrice Lumumba“, EKO⁸⁶

Den „glücklichen“ Umstand, daß ein Blick hinter die Kulissen dieser Brigade, die aus Anlaß des 10. Jahrestages der DDR-Gründung 1959 als erste im Bezirk Frankfurt/Oder den Titel „Brigade der sozialistischen Arbeit“ verliehen bekommen hatte, möglich ist, verdanken wir zweien ihrer Mitglieder, die im Sommer 1962 die Absicht zu einem „gewaltsamen Grenzdurchbruch“ in Berlin hatten. Ein anderes Mitglied des Kollektivs, das sie zuvor in ihre Pläne eingeweiht hatten, verständigte „rechtzeitig die Kreisdienststelle des MfS“, so daß die Fluchtwilligen festgenommen werden konnten. Da beide SED-Mitglieder waren, hatten sich die Parteikontrollkommissionen auf Kreis- (KPKK) und Bezirksebene (BPKK) mit dem Fall zu beschäftigen. Das taten sie recht ausführlich, indem sie eine Reihe von Parteimitgliedern aus der Brigade befragten und einige Berichte schrieben. Diese „Interviews“ und Berichte bieten Einblicke in das Innenleben einer vormaligen Vorzeige-Brigade, die vermutlich nicht allzu häufig zu finden sind. Dabei ist natürlich nicht davon auszugehen, daß der Inhalt dieser Untersuchungsprotokolle ungebrochen die tatsächlichen Verhältnisse in der Brigade widerspiegelt.

Als Quintessenz der gesamten Untersuchung erstellte die BPKK eine „Übersicht über die sozialistische Brigade ‚Patrice Lumumba‘“, denn der von zwei Genossen Brigademitgliedern geplante „staatsfeindliche Akt“ galt natürlich auch als Versagen des Brigadekollektivs, insbesondere der Parteigruppe. Darin wird festgestellt, daß die Brigade seit ihrer Auszeichnung durch mehrere Artikel im „ND“ sowie in der Bezirkspresse ob „ihrer sozialistischen Taten in der Produktion und im gesamten gesellschaftlichen Leben“ hervorgehoben worden war. Um so unerklärlicher und peinlicher war der nun zu konstatierende Absturz.

Als ein wesentlicher Grund dafür wird die große „Fluktuation innerhalb der Parteigruppe und unter den Brigademitgliedern“ genannt. Von den dreißig ausgezeichneten Mitgliedern gehörten inzwischen nur noch dreizehn dem Kollektiv an. Nach der Auszeichnung waren „8 Jugendliche freiwillig zur NVA gegangen“, ein Genosse ging „als Instrukteur nach Cottbus, Abteilung Landwirtschaft [der SED-Bezirksleitung oder des Rates des Bezirkes – d. Verf.]“ und ein Genosse wurde hauptamtlicher FDJ-Sekretär an einem Lehrerbildungsinstitut. Das heißt, die Mitglieder der vorbildlichen „sozialistischen Brigade“ dienten z. T. als Kaderreserve für den Partei- und Staatsapparat⁸⁷ oder meldeten sich beispielhaft „freiwillig“ zum Militärdienst.

86 SED-BL Frankfurt/Oder, BPKK, Bericht über das parteifeindliche Verhalten der [zwei Namen] und über das Verhalten des [Name], von der ersten sozialistischen Brigade des EKO ‚Patrice Lumumba‘ (Erzaufbereitung), 1.11.1962, BLHA, Rep. 730, Nr. IV/2/4/662 (unpag.). Sämtliche Zitate in der folgenden Darstellung sind dieser Akte entnommen. Ich habe Michael Tillmann zu danken, daß er mich auf diese Quelle aufmerksam machte.

87 Dies war eine offenbar weitverbreitete Praxis. Vgl. Roesler, Produktionsbrigaden, S. 151f.

Auf der anderen Seite galt das Kollektiv offenbar als so gefestigt und zuverlässig, daß es zur Integration und „Erziehung“ schwieriger Charaktere prädestiniert schien. So kamen 1961 drei Genossen (!) zur Brigade, die als „politisch und moralisch mangelhaft gefestigt“ eingeschätzt wurden. Davon hatten zwei nur einen 5-Klassenabschluß, waren als Waise bzw. in einem zerrütteten Elternhaus aufgewachsen und betranken sich regelmäßig. Zu Beginn ihrer Brigademitgliedschaft wurden sie bevorzugt mit Wohnungen versorgt und gegen ihr – nicht eingelöstes – Versprechen, sich entsprechend zu qualifizieren, erhielten sie eine ungerechtfertigt hohe Lohngruppe. Nachdem sie ein Jahr in der Brigade gearbeitet hatten, häuften sich Fehlschichten, meist nach Saufereien mit dem dritten neuen Genossen. Schließlich planten sie die „Republikflucht“, wovon einige ihrer Kollegen wußten, da sie diese zum Mitmachen hatten bewegen wollen. Dazu gehörte u. a. dieser dritte Neuling, eine etwas schillernde Persönlichkeit, der die beiden dann bei der Staatssicherheit anzeigte. Das nicht ganz Alltägliche an diesem Genossen bestand darin, daß er 1958 aus der BRD in die DDR übersiedelt war. Dort hatte er der SPD angehört und sich „im Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse Verdienste erworben“, wofür er nach seiner Übersiedlung gleich in die SED übernommen und als stellvertretender Kulturhausleiter im EKO eingesetzt worden war. Im Oktober 1961 erhielt er eine Parteistrafe (Rüge) „wegen Verletzung der Arbeitsdisziplin, übermäßigen Alkoholenusses, ausserehelichen Beziehungen und Duldung von feindlichen Witzen über den Genossen Walter Ulbricht“.⁸⁸

In dem Bericht der BPKK wird die APO-Leitung kritisiert, weil sie die „viele(n) Erscheinungen der politischen und moralischen Aufweichung“ in der „sozialistischen Brigade“ nicht rechtzeitig bemerkt bzw. „bekämpft“ hatte. So konnte es z. B. geschehen, daß weitere Kollegen – darunter auch einige Genossen – von den Fluchtplänen der beiden gewußt, diese aber nicht gemeldet hatten. Außerdem wurde beklagt, daß insgesamt der „erzieherische Einfluss der sozialistischen Brigade, auch auf die Festigung der Ehen einiger Brigademitglieder, [...] noch ungenügend“ sei. Schon ein Vergleich des 1962er Brigadetagebuches mit den vorangegangenen „bestätigt(e), dass die Behandlung der komplizierter werdenden Erziehungsfragen ungenügend im Mittelpunkt stand.“ Genauer gesagt waren sie darin „nicht behandelt“ worden. Auch hatten sich in der Brigade „einige ideologische Unklarheiten in der Frage, daß sich heute beide deutsche Staaten feindlich gegenüber stehen“, gezeigt.

Aufschlüsse über das Klima innerhalb des Kollektivs geben die Protokolle der „Aussprachen“ mit einigen Genossen der Brigade. Auf die Frage, was ihm nicht gefalle, sagte einer von ihnen, daß „keine offene Atmosphäre“ herrsche, sich der Brigadier weigere, „in der Kampfgruppe mitzumachen“ und „sich zu qualifizieren“. Eine Genossin wurde durch die KPKK direkt befragt, welche der Genossen der Brigade denn „ein Verhältnis“ hätten: „Was denkst du Genosse, wenn ich das alles aussage, was ich dann zu leiden habe. Es war schon einmal der Fall [...]“ – der Brigadier, der gleichzeitig Meister und Parteigruppenorganisator war, hatte der Kollegin auch schon mal „unsittliche Anträge“

88 Ein „Vorstrafenregister“, das in der Regel ohne weiteres zum Parteiausschluß hätte führen müssen. Dies ist nur ein Anhaltspunkt dafür, daß dieser Genosse entweder wegen seiner bloßen Übersiedlung aus der Bundesrepublik Narrenfreiheit genoß oder – da er auch gleich wußte, daß er die MfS-Kreisdienststelle zu informieren hat – aufgrund einer „besonderen Mission“, die er in der BRD erfüllt hatte, protegiert wurde.

gemacht.⁸⁹ Weiter sagte sie aus: „Es ist vieles nicht in Ordnung [in der Brigade – d. Verf.] [...] Der Meister sagt ja selber, sozialistisch arbeiten, sozialistisch leben, wenn man auch nicht selbst mit drin steckt. [Soll heißen: wenn er's auch nicht selber wirklich tut. – d. Verf.] Da traut sich niemand etwas zu sagen. Man muß eben den Mund halten, sonst wird man von einer Ecke nach der anderen geschoben. [...] Der Meister hat gedroht ‚und wehe einer beschmutzt unsere sozialistische Brigade‘. [...] Wenn mal eine Versammlung ist, traut sich niemand etwas zu sagen, sie sind alle ruhig.“ Der Chef dieses „Kollektivs“ – Brigadier, Meister und Parteigruppenorganisator in Personalunion – zeichnete sich offensichtlich durch einen autoritären Führungsstil aus. Seine Autorität beruhte wohl vor allem auf seiner fachlichen Qualifikation als Meister, die es ihm ermöglichte, die Arbeit so zu organisieren, daß die Brigade ihre Aufgaben in der Produktion erfüllte. Darüber hinaus verfügte er anscheinend über die Fähigkeit, seine Kollegen zur wenigstens formalen Erfüllung der übrigen Kriterien im „sozialistischen Wettbewerb“ zu bewegen und dies den übergeordneten Leitungen in Betrieb, Partei und Gewerkschaft entsprechend zu „verkaufen“, wengleich er sich persönlich auch nicht unbedingt an Ulbrichts „zehn Geboten“ und ähnlichen ideologischen Vorgaben orientierte. Von diesem „Chef“ profitierten letztlich alle Brigademitglieder in Form von Prämien und auch die übergeordneten Funktionäre, da sie nach „oben“ eine „vorbildliche“ „Brigade der sozialistischen Arbeit“ abrechnen konnten.

Allem Anschein nach war diese jedoch (spätestens) nach dem Abzug einiger besonders engagierter Kader dem postulierten Anspruch vom „sozialistischen Arbeiten, Lernen und Leben“ nicht (mehr) gewachsen oder wollte es gar nicht sein. Die Zahl solcher im Sinne der SED engagierten Arbeiter war offensichtlich begrenzt, und sie wuchsen auch nicht nach wie Pilze aus dem Boden. Im Gegensatz zu diesen gab es, begünstigt durch die Auflagen gerade unter der Arbeiterschaft ständig neue SED-Mitglieder werben zu müssen, nicht wenige Genossen, die – wie im Falle dieser Brigade – weder in der Arbeit noch im Bereich „sozialistischen Lernens und Lebens“ im Vergleich zu ihren parteilosen Kollegen positiv auffielen.

Fallbeispiel 2: Brigade „Willy Becker“, SWB⁹⁰

Diese Brigade war die erste des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg, die zum 1. Mai 1960 mit dem Staatstitel „BdsA“ ausgezeichnet wurde.⁹¹ Knapp zwei Jahre später, im Frühjahr 1962, stand sie auf einer Wahlversammlung der Parteiorganisation ihrer Abteilung im Mittelpunkt der Kritik. Das Protokoll dieser Versammlung sowie das der vorausgegangenen APO-Leitungssitzung und der Rechenschaftsbericht des APO-Sekretärs geben zumindest ein paar Aufschlüsse über das, was im SWB Anfang der 1960er Jahre in den Brigaden und um sie herum geschah. Für die kritische Rezeption dieser Quellen gilt prinzipiell das gleiche wie oben angemerkt.

Ein als Gast teilnehmender Funktionär der BPO erinnerte zunächst die Genossen der Brigade „Willy Becker“ an die mit dem Staatstitel verbundene Verpflichtung und forderte

89 Wegen eines „ausserehelichen Verhältnisses“ hatte dieser Genosse Brigadier ein paar Jahre zuvor eine Parteistrafe erhalten. Wahrscheinlich hatte die Genossin bei der dazu von der KPKK durchgeführten Untersuchung gegen ihn ausgesagt und war deshalb anschließend „Spießbruten gelaufen“.

90 SED-GO SWB, Dokumente der Abteilungsparteiorganisationen (1952–1962), BLHA, Rep. 532, Nr. IV/7/055/193 (unpag.). Der nachfolgende Text beruht auf den in dieser Akte enthaltenen Dokumenten der APO I Feineisenstraße vom 27., 28. und 30.3.1962.

91 Roter Stahl, Nr. 19/1960, S. 1.

sie auf, „den Namen, den die Brigade in der Republik besaß, wiederherzustellen“. Ihrer Vorbildrolle wurden die Kollegen nämlich nicht mehr gerecht: „Sie ließen (nach der Verleihung des Titels) keinesfalls in ihren ökonomischen Ergebnissen nach, aber die gesellschaftspolitische Arbeit sank auf den Nullpunkt. Selbst die Aussprachen mit der Parteileitung, Werkleitung, der BGL sowie die Parteiversammlung in Anwesenheit des Genossen Kurt Seibt [1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Potsdam und Mitglied des ZK – d. Verf.] brachte nur ein Aufflackern mit sich.“ Der Grund dafür sei gewesen, daß „die Genossen eurer Parteigruppe nicht mit dem richtigen Klassenbewußtsein auftreten und politischen Diskussionen ausweichen“. – Nein, es reichte nicht aus, daß die Brigade nach wie vor ihre Arbeitsaufgaben voll und ganz erfüllte. Eine „sozialistische Brigade“ mußte auch ideologisch „führend“ sein. Wenn die Kollegen dazu keine Lust hatten, mußten Aussprachen geführt werden, um ihr „Bewußtsein“ auf das gewünschte „Niveau“ zu bringen.

Nach wiederholter Aufforderung durch Genossen der BPO- bzw. APO-Leitung, doch zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen, erklärt ein Vertreter von „Willy Becker“, „man müßte die ganze Brigade einladen und die gleichen Fragen ... stellen. Wenn bei Parteiversammlungen Namen genannt wurden, sprachen die Kollegen nicht mehr mit ihnen und dann die ganze Brigade nicht mehr.“ – Das heißt, die parteilosen Mitglieder der Brigade verweigerten innerhalb ihres Kollektivs die Anerkennung des für die SED als selbstverständlich geltenden generellen Führungsanspruchs der Partei. Dafür brachten die Funktionäre v. a. der BPO wenig Verständnis auf, boten der Parteigruppe der Brigade – „wenn die Genossen sich nicht stark genug fühlen“ – Hilfe an und hatten auch gleich die passende Schublade für das Verhalten der parteilosen Kollegen bei der Hand: „Dieser Methoden bedient sich der Klassegegner, er versucht die Genossen zu isolieren.“ Bei ihnen gebe es so etwas nicht, wußte ein APO-Leitungsmitglied, das einer anderen Brigade⁹² angehörte, zu berichten. Obwohl sie auch nur ein Genosse mehr seien, hätten sie das Kollektiv unter Kontrolle – „mit Quertreibern setzen sie sich sofort auseinander“.

Allerdings hat es den Anschein, daß die SED-Mitglieder der „Willy Becker“-Brigade nicht ganz so „scharf“ waren, wie einige ihrer Genossen in der APO. Selbst der Parteigruppenorganisator sei verfallen, „in solche Ideologie wie, der Plan wird ja erfüllt und das reicht“. Das Resultat dieser „Ideologie“ war, „daß eure festgelegte Gruppenwahl am 6. 3. verschoben werden mußte, nur weil in den Waschanlagen an diesem Tag kaltes Wasser war“ und zwei Genossen – u. a. der Parteigruppenorganisator – „einfach nach Hause gingen“. Daß bei der körperlich schweren Tätigkeit der Walzwerker entsprechende Arbeits- und Lebensbedingungen nur recht und billig waren, konnten einige SED-Funktionäre offenbar nur schwer einsehen. Weiterhin wurde den Genossen der ehemaligen Vorreiterbrigade vorgeworfen: „Ihr lasst euch in Diskussionen verwickeln, wie die Milch- und Butterfrage und vernachlässigt die eigentliche gesellschaftliche Arbeit ... Gewiß soll man solche Fragen nicht außer acht lassen und sie beantworten. Man soll den Kollegen klar machen, daß es zwar Schwierigkeiten in der Versorgung gibt, aber noch keiner in unserer Republik verhungert ist.“⁹³

92 Die Abteilung „Feineisenstraße“ umfaßte insgesamt vier Brigaden mit jeweils 25 bis 30 Mitgliedern. Davon gehörten wiederum je sechs bis sieben der SED und damit der Parteigruppe (der Brigade) an. Die SED-Mitglieder aller vier Brigaden bildeten gemeinsam eine APO.

93 Angesichts des zur gleichen Zeit anvisierten Zieles, die Bundesrepublik im Pro-Kopf-Verbrauch wichtiger Nahrungsmittel zu übertreffen, ein bescheidener Maßstab.

Die SED-Mitglieder sollten also – entsprechend den Vorgaben der übergeordneten Leitungen – bestimmen, worüber in der Brigade diskutiert wurde. Und wenn es sich gar nicht vermeiden ließ, über die alltäglichen Sorgen der Kollegen zu sprechen, galt es, die „Diskussion“ mit Parolen zu führen. – Ein wenig verblüfft es schon, daß nicht nur die Parteiführung, sondern auch Genossen, die selbst Arbeiter waren oder zumindest täglich im Betrieb mit ihnen zu tun hatten, Realitäten in einem solchen Maße ausblendeten. Äußerungen von Kollegen wie „Macht mal die Grenzen auf, dann werdet ihr schon sehen, wer noch hier bleibt!“ oder „daß in Wirklichkeit nur 50% der Mitglieder unserer Partei hinter der Fahne der Arbeiterklasse stehen und alle anderen nur Mitläufer sind“, konnten diese Funktionäre scheinbar nur als „negative Fragen“ einstufen und „bekämpfen“. In diesem Sinne verabschiedete die APO-Leitung eine EntschlieÙung, daß es notwendig sei, „Klarheit in den Köpfen aller Genossen und Kollegen zu schaffen. Deshalb muß erreicht werden, daß alle Genossen 100%ig und mindestens 70% aller Brigademitglieder an den Parteis Schulungen teilnehmen.“⁹⁴ – Eine augenscheinlich „angemessene“ Reaktion. Die ideologische Borniertheit selbst mancher Basisfunktionäre der SED war offenbar so groß, daß sie nicht einmal auf die Idee kamen, mit diesen „Holzhammer“-Methoden das angestrebte Überzeugen der parteilosen Arbeiter eventuell zu karikieren.

Mit der Methode „beharrlichen Überzeugens“ war es der APO-Leitung – unter ausdrücklichem Verweis auf den 13. August 1961 – wenige Monate zuvor bereits gelungen, die Jugendlichen aller Brigaden der Abteilung dazu zu bringen, „daß sie ihre Bereitschaft abgaben, in die Reihen unserer Nationalen Volksarmee einzutreten. Es waren zwar harte Auseinandersetzungen notwendig, aber es zeigte sich doch, daß, wenn die Genossen mit vereinter Kraft an eine Sache herangehen, es zu schaffen ist.“ Es dürfte kaum überinterpretiert sein, zu unterstellen, daß hier erheblicher Druck auf die jungen Arbeiter ausgeübt worden ist, um sie zu einer einschneidenden persönlichen Entscheidung zu drängen.

Die „Brille“, durch die der Blick des Betrachters eben auf die Brigade „Willy Becker“ und ihre Abteilung fiel, ist wesentlich eingefärbt durch die APO-Leitung, da von ihr die ausgewerteten Dokumente erstellt wurden. Insofern scheint es angebracht, von einer Vermischung des Wunschdenkens dieser Genossen mit dem Betriebsalltag der Brigade(n) auszugehen. Dennoch entsteht der Eindruck, daß zumindest ein Teil dieser „einfachen“ SED-Mitglieder mit größter Selbstverständlichkeit versuchte, ihre jeweiligen Arbeitskollektive zu dominieren und darüber hinaus – wie bei den Jugendlichen – ohne Scheu in die Privatsphäre ihrer Kollegen einzugreifen. Die Stimmen aus der „Willy Becker“-Brigade deuten darauf hin, daß die Parteigruppe in diesem Kollektiv nicht so tonangebend war – weil die Genossen nicht diesen Anspruch erhoben und/oder ihn aufgrund der Verweigerung bzw. Gegenwehr ihrer Kollegen nicht durchsetzen konnten. Darüber, ob die SED-Genossen in den anderen Brigaden tatsächlich in dem von ihnen selbst beschriebenen bzw. angestrebten Maße vorherrschten oder doch eher „isoliert“ waren, kann man nur spekulieren, wobei letztere Variante vermutlich häufiger anzutreffen war. Auf jeden Fall mutet das Klima in den Kollektiven – soweit es durchscheint – nicht ausgesprochen „sozialistisch“ an, differiert ganz erheblich von dem in der Kampagne 1959 vermittelten Ideal einer BdsA.

Es sei noch einmal betont, daß diese beiden Einzelbeispiele von Brigaden natürlich nicht umstandslos zu verallgemeinern sind. Andererseits handelt es sich auch nicht um extra

94 Das bedeutet, daß auch die parteilosen Brigademitglieder – d. h. 2/3 der Kollegen – an den Parteis Schulungen hätten teilnehmen müssen!

ausgewählte besonders negative Fälle, wobei nicht bestritten werden soll, daß es „sozialistische Brigaden“ gegeben haben mag, die dem ursprünglich entworfenen Bild näher kamen als diese beiden. Zulässig sein dürfte hingegen der Schluß, daß der „Absturz“ zweier Musterbrigaden ein Beleg für die anfällig dünne Decke der im Sinne der Vorgaben „engagierten“ Arbeiter und ebenso für die Kontraproduktivität des Vorgehens so mancher SED-Betriebsfunktionäre ist.

Abschließend soll ein „Gedicht“ vorgestellt werden, das auf ganz eigene Art etwas über die Arbeiterschaft und ihr Verhältnis zur Politik von SED und FDGB am Ende der 1950er Jahre aussagt. Die darin enthaltene Sichtweise „von unten“ deutet auch auf Spannungslinien in diesem Verhältnis hin, die über die „kurze“ Zeit der DDR hinaus auf die „lange Dauer“ kultureller Differenzen zwischen Arbeitern und „ihren“ Funktionären verweisen. Da dieses „Kunstwerk“ in unnachahmlicher Weise die Diskrepanz zwischen der ideologischen Überfrachtung der „sozialistischen Brigaden“ und dem „Bewußtsein“ eines großen Teils der Arbeiter überdeutlich aufzeigt, lohnt es sich, es an dieser Stelle in Gänze zu faksimilieren.

„Fritze Stöbert“ – vermutlich ein Pseudonym des SED-Betriebszeitungsredakteurs, unter dem er in einer Art Rubrik von Zeit zu Zeit auf „Mißstände“ im SWB aufmerksam machen wollte – suggeriert dem Leser im Refrain („Diese Zeilen ... schade, schade, schade.“), daß die ersten vier Strophen des „Gedichtes“ Originalzitate aus einem „Festblatt“ seien, das sich die Brigade „Glück auf“ „für ein Vergnügen“ selbst geschrieben hatte. Die letzten drei Strophen hingegen stellen unzweifelhaft die ideologisch-moralisch ‚korrekte‘ Kritik des Redakteurs an dem ‚Sauflied‘ und der darin zum Ausdruck kommenden Einstellung der Brigademitglieder dar und dienen gleichzeitig der entsprechenden Belehrung der gesamten ‚werkstätigen‘ Leserschaft. Da der gereimte Text insgesamt ziemlich geschlossen daherkommt, wäre es aber auch denkbar, daß er in Gänze der Feder von „Fritze Stöbert“ entstammt und dieser Autor lediglich sinngemäß aus dem „Festblatt“ der Brigade zitiert, hier und da vielleicht sogar etwas zugespitzt formuliert hat, um das Feld für die anschließende Belehrung zu bereiten.⁹⁵ Darüber kann nur spekuliert werden, was aber für die Interpretation des Textes keinen grundlegenden Unterschied macht, wenn man davon ausgeht, daß die den Arbeitern zugeschriebenen Aussagen – so oder so – zumindest im Kern tatsächlich von ihnen stammen.

Zunächst fällt auf, daß das inkriminierte Gedicht hochgradig politisch ist. So stellen die Zeilen *„Uns nützt kein Freund, kein Feind, was wir wollen, werden wir betreiben“* eine deutliche Absage an das damals in der SED-Propaganda allgegenwärtige dichotomische Klassenkampschema dar, dem sich die Arbeiter ausdrücklich nicht unterordnen, sondern unabhängig davon ihre eigenen Interessen verfolgen wollen. Parteimitglieder und -funktionäre, die, obwohl sie an der Basis in den Produktionsbereichen der Fabriken in aller Regel eine (kleine) Minderheit darstellten, dennoch darauf bestanden, die ideologischen Dogmen der SED durchsetzen zu wollen, sollten besser „bei sich zu Hause bleiben“ – blieben außen vor, wurden von den übrigen Kollegen gemieden oder gar „isoliert“. Dies ist paradigmatisch für den schweren Stand, den die „Partei der Arbeiterklasse“ unter den Arbeitern hatte. Einen nicht weniger offenen Affront stellt die Erwähnung des „Boogie-Woogie“ (2. Strophe) dar. Diese Art von Musik und Tanz war der DDR-offiziellen Kulturpolitik verpönt, nicht zuletzt, da sie als Teil und Sendbote der US-amerikanischen „Unkultur“ galt, also direkt vom „imperialistischen Klassenfeind“ stammte.

Die wiederholten Lobpreisungen des ‚Saufens‘ und eines ungehemmt-freizügigen Auslebens des (männlichen) Sexualtriebes bilden einen überdeutlichen Kontrast zu den in Ulbrichts „10 Geboten“ postulierten Vorstellungen von „sozialistischer“ Moral und Sittlichkeit, auf die ja in den Selbstverpflichtungen der Brigaden unter dem Aspekt „sozialistisch Leben“ immer wieder ausdrücklich Bezug genommen worden war.⁹⁶ „Der Intelligenz“ wird die ‚Chance‘ eingeräumt, sich quasi über die ‚Kragenlinie‘ hinweg Anerkennung zu verschaffen, wenn sie sich denn als trinkfreudig und -fest erweist. Dies entspricht einem alten Muster von In- bzw. Exklusionsritualen, wobei implizit die Verweigerung des Respekts

95 Ebenfalls nicht völlig auszuschließen ist, daß jenes als Quelle angegebene „Festblatt“ so gar nicht existiert hat, sondern vielleicht nur ein Handzettel war, der unter den Arbeitern des SWB kursierte, oder der Redakteur verschiedene ihm zu Ohren gekommene mündliche Äußerungen zu dem „Poem“ verarbeitet hat.

96 Vgl. z. B. den Aufruf der Brigade „Mamai“ in: Tribüne vom 7.1.1959, in dem es heißt: „Richtschnur unseres Handelns sollen die vom V. Parteitag beschlossenen 10 Gebote der sozialistischen Ethik und Moral sein.“

gegenüber denjenigen eingeschlossen ist, die die damit verbundenen Forderungen nicht erfüllen.

Schließlich entspricht auch die vorgetragene ‚Arbeitseinstellung‘ (vierte Strophe) ganz und gar nicht dem, was von einer „sozialistischen Brigade“ erwartet wurde. Verknüpft wird sie mit einer Mischung zeitgenössischer Vorstellungen bzw. Verheißungen vom – kommunistischen – Paradies. Niemand braucht sich mehr zu ‚schinden‘, weil Roboter alle Arbeit erledigen und dabei einen solchen Wohlstand produzieren, daß der Zahntag zum einzigen ‚Arbeitstag‘ wird. Ob beabsichtigt oder nicht, schwingt hierin auch Kritik an der Diskrepanz zwischen den utopischen Voraussagen über alsbaldige (Wunder-)Wirkungen der modernen Technik und der nach wie vor körperlich schweren Tätigkeit der Stahl- und Walzwerker mit.

Der behelrende Kommentar schließlich schwankt zwischen hoch erhobenem moralisch-ideologischem Zeigefinger ob der geäußerten bzw. begangenen „Dummheiten“ und pädagogisch-autoritärer Anleitung, wie die Brigademitglieder „richtig“ „sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ sollen. Die alten, traditionellen „Niederungen“ der Arbeiterkultur wie „Saufverein“ und „Nahkampfdiele“ sollen die Kollegen hinter sich lassen, „das Alte überwinden“. „Saufen“ und derbe sexuelle Anmache sind out, „kulturvolles“ Trinken – am besten „guten Wein“ – sowie Lustigsein „bei Tanz und Spiel in froher Runde“ stellen das erlaubte, „höhere“ Niveau „sozialistischer“ Geselligkeit dar.⁹⁷ „Dem Neuen“ – dem unter Führung des SED-Regimes aufgebauten „neuen, anderen Deutschland“, der von der SED verfolgten Programmatik des „Sozialismus“ – „müssen“ die Arbeiter „Beifall zollen“. Zumindest Respekt und Loyalität, wenn schon nicht Begeisterung, in jedem Fall aber Selbstunterordnung, sollen die „Werk tätigen“ „ihrem“ Staat und „ihrer“ Avantgarde entgegenbringen.

7. Fazit

Die „Syndikalismus“-Affäre war insofern prägend für den weiteren Verlauf der „Bewegung“ der „sozialistischen Brigaden“, als mit ihr die praktische Unmöglichkeit der Entfaltung einer tatsächlichen – selbständigen! – ‚Bewegung‘ der Arbeiter und ihrer Brigaden in den Betrieben demonstriert wurde. Nachdem zunächst von „oben“ die Möglichkeit zu größerer Selbständigkeit und Mitbestimmung der BdsA eröffnet und angepriesen worden war, wurde die entsprechende Umsetzung in der Praxis alsbald gestoppt und somit beispielhaft verdeutlicht, daß SED-Lösungen wie „arbeite mit, plane mit, regiere mit“ letztlich nur leere Phrasen waren – jedenfalls bezüglich des „Mitregierens“. Selbst die kaum zu quantifizierende Minderheit der Arbeiter, die bereit gewesen waren, sich in den „sozialistischen Brigaden“ tatsächlich zu engagieren, lernte daraus (erneut), daß derartige Angebote nicht wirklich ernstgemeint waren, sondern lediglich eine Alibifunktion erfüllten: ihre Eigeninitiative war eher unerwünscht. Die tonangebenden Dogmatiker in der SED- und FDGB-Führung hatten die Prioritäten ein weiteres Mal klar abgesteckt: Das Prinzip des

97 Hier findet sich die alte Diskrepanz zwischen „derber“, „primitiver“ Arbeiterkultur und dem, was die organisierte Arbeiterbewegung seit dem Kaiserreich aus ihr zu machen versuchte wieder. Vgl. Brigitte Emig, *Die Veredelung des Arbeiters. Sozialdemokratie als Kulturbewegung*, Frankfurt a. M./New York 1980; und Wolfgang Kaschuba, *Lebenswelt und Kultur der unterbürgerlichen Schichten im 19. und 20. Jahrhundert. (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 5)*, München 1990.

„demokratischen Zentralismus“ war und blieb unantastbar, was bedeutete, keine schwer oder nicht zu kontrollierenden, auch nur teilweise autonomen Institutionen in Wirtschaft und Gesellschaft der DDR zuzulassen. Vom Anspruch der lückenlosen Durchherrschaft gab es kein Abrücken. Erhalt und Ausbau der Macht der SED-Führung besaßen letztlich absolute Priorität. Deshalb unterdrückten Ulbricht und Genossen alle Ansätze zur Schaffung sogenannter „jugoslawischer Verhältnisse“, wobei es im Kern um die Ablehnung jedweder demokratischer Beteiligung – in diesem Fall der Arbeiter, also der angeblich „führenden Klasse“ – ging.

So war die „Syndikalismus“-Affäre ein weiterer Schritt weg von der Utopie und dem theoretischen Programm „Sozialismus“, hin zum letztlich perspektivlosen „real-existierenden Sozialismus“.⁹⁸ Diese Erkenntnis – oder möglicherweise auch bittere Erfahrung – betraf die Arbeiterschaft freilich in weit geringerem Maße als viele Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, die sich für größere Rechte der „sozialistischen Brigaden“ eingesetzt hatten. Sie vor allem lernten – inmitten jener Periode, da in der DDR (noch) kleinere und größere Reformversuche unternommen wurden –, wie enge Grenzen solchen Bestrebungen durch die SED-Führung aus ideologischen und v. a. machtpolitischen Gründen gesetzt wurden.

Für die Institution der „sozialistischen Brigaden“, die bekanntlich bis zum Ende der DDR bestanden und sukzessive auf nahezu alle Bereiche der Arbeitswelt ausgedehnt wurden, deutet sich bereits in den hier untersuchten Anfangsjahren ihr ambivalenter Charakter an.⁹⁹ Sie funktionierten im betrieblichen Alltag natürlich nicht einhundertprozentig nach den Vorstellungen der SED- und FDGB-Führung, dienten aber doch – in unterschiedlichem Maße – als (Selbst-)Kontroll- und Disziplinierungsinstrument. Am wenigsten wirksam – aber nicht völlig wirkungslos – scheint die beabsichtigte verstärkte politisch-ideologische Indoktrination der Arbeiterschaft über die „sozialistischen Brigaden“ gewesen zu sein. Die Untersuchung dieser Frühphase der „BdsA“ zeigt zugleich, daß bestimmte Elemente des Programmes „sozialistisch arbeiten, lernen und leben“ – so z. B. die verstärkten Qualifizierungs- und kulturellen Angebote – mehr oder weniger intensiv angenommen und genutzt wurden, insofern sie zumindest partiell den Interessen der Beschäftigten entsprachen. Dabei war die Grenze zwischen der Erfüllung der Intentionen der Initiatoren von FDGB und SED einerseits und der eigen-sinnigen Umnutzung des mit den „sozialistischen Brigaden“ verbundenen Angebotes andererseits offenbar fließend. Dies könnte dazu geführt haben, daß die Institution der „BdsA“ in der Summe der intendierten und nicht-intendierten Folgen ihres Wirkens zur Erzeugung und zum Erhalt einer wenigstens „mißmutigen Loyalität“¹⁰⁰ der Masse der „Werkstätigen“ der DDR gegenüber „ihrem“ Staat über einen Zeitraum von immerhin noch drei Jahrzehnten beigetragen haben.

98 Vgl. Meuschel, Legitimation, S. 123ff. und 221–229.

99 Diese Einschätzung trägt noch stark hypothetische Züge und wird in der weiteren Arbeit des Verfassers am Gesamtprojekt zu überprüfen und weiter ausdifferenzieren sein.

100 Dieses Begriffspaar stammt von Alf Lüdtke. Vgl. ders., Helden, S. 204–206.